

Erscheinungsjahr: 2026

Julia Bernstein Marek Sierka

# Zwischen Boykott, Bedrohung und Schweigen

Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler  
und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen  
nach dem 7. Oktober 2023.

---

Archiv für kritische  
Gesellschaftstheorie

[afkg.kritischebildung.de](http://afkg.kritischebildung.de)

# Afkg

Der vorliegende Beitrag dokumentiert und analysiert Angriffe, Boykottaufrufe und Einschüchterungen gegen jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023. Empirische Grundlage ist die fortlaufende Dokumentation des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH),<sup>1</sup> das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung circa 200 Mitglieder und weitere circa 250 Mitglieder des Unterstützungskreises zählt, eine Umfrage unter NJH-Mitgliedern<sup>2</sup> sowie Medienberichte und institutionelle Quellen.

Die fortlaufende Dokumentation des Netzwerks sowie die Umfragen umfassen Vorfälle an mehr als 107 Standorten im gesamten deutschsprachigen Raum – von subtilen Ausschlüssen, über verbale und physische Gewalt sowie Diffamierungskampagnen und Boykottforderungen bis hin zu Morddrohungen und erzwungener Selbstzensur. Sie zeichnen das Bild einer alarmierenden Erosion der Sicherheit und Teilhabe jüdischer und israelischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im deutschen Hochschulraum. Der Beitrag verfolgt dabei eine doppelte Perspektive: Einerseits liefert er eine empirisch gestützte Bestandsaufnahme der Angriffe, gegliedert nach Angriffsformen und Eskalationsstufen. Andererseits analysiert er das institutionelle Versagen – das Schweigen, die Vermeidungsstrategien und die Komplizenschaft durch Unterlassung –, das diese Angriffe erst ermöglicht hat.

Der deutsche Fall ist aus mehreren Gründen besonders: Die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk, die institutionalisierte Erinnerungskultur und das vergleichsweise dichte Antidiskriminierungsrecht stehen in einem eklatanten Widerspruch zur dokumentierten Realität an den Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023. Der Beitrag argumentiert, dass akademische Boykottaufrufe gegen Israel kein Ausdruck akademischer Freiheit sind, sondern ein Angriff auf sie – und dass die Grenze zwischen Protest und Diskriminierung dort überschritten ist, wo Personen aufgrund ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit, religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit als Individuen oder Repräsentanten einer Institution verfolgt bzw. bewusst ausgeschlossen werden. Die Delegitimierung des Zionismus als nationaler Befreiungs- und Selbstbestimmungsrechtsbewegung des jüdischen Volkes – und damit des Existenzrechts Israels – bildet dabei den ideologischen Kern der Boykottbewegung, die sowohl gegen die Israelis als auch

---

<sup>1</sup> Die Angaben aus der fortlaufenden Dokumentation, die von den Mitgliedern des Netzwerks sowie des Unterstützungskreises zusammengetragen wurde, werden hier erstmals veröffentlicht. Vgl. Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender, <https://n-j-h.de/>; Frankfurt University of Applied Sciences, Pressemitteilung, 06.02.2024, <https://www.frankfurt-university.de/de/news/n-pressemitteilungen/netzwerk-juedischer-hochschullehrender-als-stimme-gegen-antisemitismus/>.

<sup>2</sup> Vgl. NJH-Umfrage, 19.07.2024, <https://n-j-h.de/pressemitteilung-2/>.

gegen Juden in der Diaspora gerichtet werden kann. Dies verweist auf das Phänomen des „Nekrosemitismus“, also einer erinnerungskulturell geprägten Zuwendung zu den toten Juden bei gleichzeitiger Gleichgültigkeit gegenüber gegenwärtigem Antisemitismus und einer Relativierung eines auf Juden weltweit projizierten Israelhasses.<sup>3</sup>

Die Analyse gliedert sich in acht Abschnitte. Nach dieser Übersicht und der Einleitung (Abschnitt 1), die den 7. Oktober als Zäsur im deutschen Hochschulraum kontextualisiert, folgt eine exemplarisch veranschaulichte detaillierte Topografie der Angriffe (Abschnitt 2), gegliedert nach Angriffsformen. Abschnitt 3 analysiert die Eskalationsdynamiken vom Boykottdiskurs zum Angriff auf Personen. Abschnitt 4 untersucht die Rolle der Institutionen zwischen Schutzversagen und Komplizenschaft. Der deutsche Fall wird in Abschnitt 5 in den internationalen Kontext der Boykottwelle eingeordnet. Abschnitt 6 analysiert die Israelbezogenen Antisemitismus als besonders virulente Antisemitismusform im akademischen Feld. Abschnitt 7 widmet sich dem Schweigen als Handlungsform und seiner moralischen Dimension. Der Schlussteil (Abschnitt 8) formuliert konkrete Handlungsanforderungen für die Verteidigung der akademischen Freiheit und des Austausches in Deutschland, in der jüdische und israelische Akteure eingebunden werden müssen.

## **1. Einleitung: Der 7. Oktober als Zäsur im deutschen Hochschulraum**

Am 7. Oktober 2023 verübten die Hamas und ihre Kollaborateure den schwersten Terrorangriff in der Geschichte des Staates Israel: rund 1.200 Menschen wurden ermordet, 251 als Geiseln verschleppt, Frauen und Männer vergewaltigt, ermordet, enthauptet, zerstückelt, Kinder gefoltert und verbrannt. Es war das größte und bestialischste Massaker an Juden seit der Shoah. Die unmittelbaren Reaktionen an deutschen Hochschulen hätten Empathie, Solidarität mit den Opfern, Trauer sowie eine pietätvolle und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Geschehenen erwarten lassen. Stattdessen setzte bereits in den ersten Tagen und Wochen eine rasche „Ja-Aber-Logik“ sowie antiisraelische Mobilisierung ein. Die sogenannten propalästinensischen Gruppen riefen zu Demonstrationen und Kundgebungen auf, gewaltglorifizierende Slogans sowie Hamas-Symbole – darunter die roten Dreiecke, mit denen die Terrororganisation ihre Ziele markiert – tauchten an Universitätsgebäuden auf, und in Seminarräumen und Onlinechats wurden israelische und jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf unterschiedliche Art

---

<sup>3</sup> Vgl. haGalil: „Nie wieder wehrlos“ – Zum 83. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto“, 19.04.2026, <https://www.hagalil.com/2026/04/nie-wieder-wehrlos/>.

und Weise angefeindet. Paradoxerweise hat das Massaker an Juden die weltweite Zunahme des Antisemitismus ausgelöst, die weiterhin anhält.<sup>4</sup>

Für jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen bedeutete der 7. Oktober eine doppelte Zäsur: Zum Schock, zur Trauer über die Ermordeten und zur anhaltenden Sorge um die Geiseln in Israel – denn die genozidale Botschaft wurde von Juden weltweit in der Regel unmittelbar, persönlich und nicht doppeldeutig verstanden – trat eine wachsende Feindseligkeit im unmittelbaren Arbeitsumfeld hinzu. Viele berichteten, dass Kollegen und Kolleginnen schwiegen, dass Beileidsbekundungen ausblieben oder dass ihnen alles von Relativierungen bis zum unverhohlenen Hass entgegenschlug.<sup>5</sup> Das NJH, das sich Ende 2023 als Reaktion auf diese Entwicklungen gründete und mittlerweile rund 200 Mitglieder in Deutschland, Österreich und der Schweiz vereint,<sup>6</sup> dokumentierte von Beginn an diese Vorfälle. Eine im Juli 2024 durchgeführte Umfrage unter NJH-Mitgliedern offenbarte das Ausmaß der Bedrohungslage: Rund 40 Prozent der Befragten gaben an, seit dem 7. Oktober Bedrohungen oder Belästigungen ausgesetzt gewesen zu sein. Viele verbergen seither ihre jüdische Identität am Arbeitsplatz; einige können nur noch mit Personenschutz auf dem Campus arbeiten.<sup>7</sup> Einige Mitglieder des Netzwerks haben infolge dieser Dynamiken und der anhaltenden antisemitischen Belastung ihre Stellen aufgegeben oder den Hochschulkontext verlassen; zwei sind nach Israel ausgewandert, während weitere diesen Schritt inzwischen konkret erwägen.

Der vorliegende Beitrag fragt nach den konkreten Manifestationen dieser Feindseligkeit im deutschen Hochschulalltag. Welche Formen nehmen Boykottaufrufe, Einschüchterungen und Angriffe an? Welche Eskalationsdynamiken lassen sich nachzeichnen – von verbalen Angriffen in Onlinechats über organisierte Störungen bis hin zu physischer Gewalt und Morddrohungen? Und wo versagen die Institutionen, die eigentlich zum Schutz aller Hochschulangehörigen verpflichtet sind?

Die Datenbasis dieses Beitrags umfasst drei zentrale Quellen: erstens die fortlaufende Dokumentation des NJH, die Vorfälle an mehr als 107 Standorten im deutschsprachigen Raum erfasst; zweitens die genannte Umfrage vom Juli 2024; drittens eine systematische

---

<sup>4</sup> Vgl. „*Antisemitism Worldwide Report for 2025*“, The Center for the Study of Contemporary European Jewry, Tel Aviv University, <https://cst.tau.ac.il/antisemitism-worldwide-report-for-2025/>.

<sup>5</sup> Ausführlicher über zahlreiche Erfahrungen der Mitglieder des Netzwerks Bernstein, Ishay, Kogan 2026, „*Für biografische Erzählungen blieb im Studien- und Arbeitsalltag kaum Platz. Erfahrungen des Vorstands im Netzwerk jüdischer Hochschullebender*“. In: Bernstein, Julia, Bodenheimer, Alfred, Schilling, Elisabeth (Hrsg.) *Ausnahmmezustand: Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober – Zeugnisse von Betroffenen*, Wälstein Verlag.

<sup>6</sup> Vgl. Fn. 1.

<sup>7</sup> Vgl. Fn. 2.

Auswertung von Medienberichten und institutionellen Dokumenten. Ergänzend werden die Daten der RIAS herangezogen, die einen Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen von 23 im Jahr 2022 auf 151 im Jahr 2023 und 450 im Jahr 2024 dokumentierte – eine Verzwanzigfachung binnen zwei Jahren,<sup>8</sup> sowie die über das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) veröffentlichte Studie zu Antisemitismus und pro-palästinensischen Protesten an deutschen Hochschulen.<sup>9</sup>

Was den deutschen Fall besonders macht, ist die Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Deutschland hat sich wie kein anderes Land außerhalb Israels der Erinnerung an die Shoah und dem Schutz jüdischen Lebens verpflichtet. Der Deutsche Bundestag hat 2019 die BDS-Bewegung verurteilt und Bund und Länder aufgefordert, keine Projekte zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen.<sup>10</sup> Am 29. Januar 2025 verabschiedete er fraktionsübergreifend den Antrag „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten“<sup>11</sup> – ein Zeichen, dass die politische Ebene das Problem erkannt hat, ohne dass dies bisher an den Hochschulen spürbar angekommen wäre. Flankierend dazu haben sowohl die Kultusministerkonferenz (KMK) als auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) entsprechende Beschlüsse gefasst: Die KMK betonte in mehreren Erklärungen seit dem 7. Oktober 2023 die besondere Verantwortung von Schulen, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten, jüdisches Leben sichtbar zu schützen und politische Bildung sowie Präventionsarbeit zu stärken.<sup>12</sup> Die HRK hob in ihren Stellungnahmen hervor, dass Hochschulen Orte der

---

<sup>8</sup> Vgl. Forschung & Lehre, „Jüdische Hochschul-Angehörige verunsichert“, 27.02.2025, <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/juedische-hochschul-angehoerige-verunsichert-6948>. RIAS-Daten: Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen von 23 (2022) auf 151 (2023) und 450 (2024). Vgl. RIAS, *Jahresbericht 2024*, [https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25\\_RIAS\\_Bund\\_Jahresbericht\\_2024.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf).

<sup>9</sup> Vgl. Hinz, T.; Marczuk, A.; Multrus, F. (2025): „Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen“. Working Paper Series No. 43 (April 2025), Universität Konstanz, [https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie\\_antisemitismus\\_an\\_hs.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie_antisemitismus_an_hs.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

<sup>10</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“, Drucksache 19/10191, 17.05.2019, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>.

<sup>11</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten sowie den freien Diskursraum sichern“, Drucksache 20/14703, 29.01.2025, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-antisemitismus-1035050>.

<sup>12</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (KMK) (2023): Solidarität mit Israel und jüdischem Leben. Erklärung vom 12.10.2023, online: <https://www.kmk.org/aktuelles/pressearchiv/mitteilung/kultusministerkonferenz-verurteilt-die-terroristischen-angriffe-der-amas-und-bekraeftigt-solidaritaet-mit-israel.html>; dies. (2023): „Aktionsplan gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit“. Beschluss vom 07.12.2023, online: [https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2023/2023\\_12\\_07-Aktionsplan-gegen-Antisemitismus-und-Israelfeindlichkeit.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2023/2023_12_07-Aktionsplan-gegen-Antisemitismus-und-Israelfeindlichkeit.pdf); dies. (2023): „Maßnahmen gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit“. Erklärung vom 08.12.2023, online:

Wissenschaftsfreiheit und zugleich der Verantwortung seien, antisemitische Vorfälle klar zu benennen, Betroffene zu schützen und institutionelle Maßnahmen gegen Diskriminierung zu implementieren.<sup>13</sup> Das Antidiskriminierungsrecht verbietet die Benachteiligung aufgrund der Herkunft und der Staatsangehörigkeit. Der im Februar 2025 veröffentlichte Lagebericht von American Jewish Committee (AJC) Berlin und der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) bestätigt, dass sich jüdische Studierende seit dem 7. Oktober 2023 in einem andauernden Ausnahmezustand befinden.<sup>14</sup> Das NJH selbst hat die Befunde in einem wissenschaftlichen Beitrag systematisiert.<sup>15</sup> Und dennoch werden jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen bedroht, verfolgt und ausgeschlossen – oft ohne dass die zuständigen Institutionen entschlossen eingreifen. Diese Kluft zwischen dem proklamierten Schutzanspruch und der erlebten Realität, die möglicherweise selbst den nicht Betroffenen in ihren Einzelheiten und ihrem Ausmaß nicht hinreichend bekannt ist, ist der Ausgangspunkt der folgenden Analyse.

## 2. Topografie der Angriffe: Eine Bestandsaufnahme

Die dokumentierten Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 lassen sich systematisch in mehrere Kategorien gliedern. Sie reichen von physischer Gewalt über Stigmatisierung und Ausgrenzung im akademischen Betrieb bis hin zu expliziten institutionellen Boykottforderungen und erzwungener Selbstzensur. Die folgende Bestandsaufnahme stützt sich auf die Dokumentation des NJH, ergänzt durch verifizierte Medienberichte.

---

<https://www.kmk.org/aktuelles/pressearchiv/mitteilung/kultusministerkonferenz-massnahmen-gegen-antisemitismus-und-israelfeindlichkeit-schuetzen-unsere-demokratie.html>; vgl. ferner Kultusministerkonferenz (2024): weitere Informationen und Maßnahmen gegen Antisemitismus, online unter: <https://www.kmk.org/kultusministerkonferenz/uebergreifende-themen/antisemitismus.html>.

<sup>13</sup> Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2023): HRK fordert entschiedenes Eintreten gegen Antisemitismus an Hochschulen. Pressemitteilung vom 15.11.2023, online unter: <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/hrk-fordert-entschiedenes-eintreten-gegen-antisemitismus-an-hochschulen-5016/>; dies. (2024): Stellungnahmen und Informationen zum Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen, online unter: <https://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/antisemitismuspraevention/> (Zugriff jeweils: 13.04.2026).

<sup>14</sup> Vgl. AJC Berlin/JSUD, „Lagebericht: Antisemitismus an deutschen Hochschulen“, 27.02.2025, [https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht\\_digital.pdf](https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf).

<sup>15</sup> Vgl. Bernstein, J.; Kogan, I.; Ishay, R., „Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Hochschulen“, in: Urban, Susanne (Hrsg.): *Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart*, Universität Marburg, 2025, <https://n-j-h.de/erausforderungen-in-der-auseinandersetzung-mit-antisemitismus-an-hochschulen-initiative-netzwerk-juedischer-hochschullehrender-in-deutschland-oesterreich-und-der-schweiz/>.

Dabei werden Namen nur genannt, wenn sie in öffentlich zugänglichen Quellen dokumentiert sind; NJH-Mitglieder sowie Mitglieder des Unterstützungskreises werden ohne Namensnennung als solche bezeichnet.

## 2.1 Physische Gewalt und unmittelbare Bedrohungen

Die schwerste dokumentierte Gewalttat ereignete sich am 2. Februar 2024 in Berlin: Der jüdische Student Lahav Shapira wurde von einem Kommilitonen der Freien Universität Berlin (FU Berlin) erkannt und auf offener Straße zusammengeschlagen. Shapira erlitt mehrere Gesichtsfrakturen und eine Hirnblutung; er musste mehrfach operiert werden. Das Amtsgericht Tiergarten verurteilte den Täter im April 2025 zu drei Jahren Haft wegen gefährlicher Körperverletzung und erkannte ausdrücklich ein antisemitisches Motiv an.<sup>16</sup> In der Berufungsinstanz bewertete das Landgericht Berlin die Tat im April 2026 weiterhin als schwere Gewalttat, sah jedoch keinen hinreichenden Beweis für ein antisemitisches Tatmotiv und wich damit von der Einschätzung der Vorinstanz ab.<sup>17</sup> Der Fall wurde zum Symbol für die Bedrohungslage jüdischer Studierender in Deutschland. Shapira klagte anschließend gegen die FU Berlin und warf der Universität vor, die antisemitische Stimmung, die zu dem Angriff geführt habe, zu lange toleriert zu haben.<sup>18</sup>

In Hamburg wurde am 8. Mai 2024 ein Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) im Anschluss an eine öffentliche Ringvorlesung vom NJH-Mitglied Prof. Alfred Bodenheimer zum Thema „Judenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antizionismus“ von einer propalästinensischen Aktivistin gewürgt und mit einem Faustschlag ins Gesicht verletzt; die Angegriffene musste in der Notaufnahme des Universitätsklinikums behandelt werden und leidet seither unter dauerhaften Beeinträchtigungen des Seh- und Hörvermögens. Im April 2025 wurde die Täterin verurteilt.<sup>19</sup> An der Kunsthochschule

---

<sup>16</sup> Vgl. Tagesspiegel, „*Attacke auf jüdischen Studenten in Berlin – Angeklagter zu drei Jahren Haft verurteilt*“, 18.04.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/attacke-auf-juedischen-studenten-in-berlin-angeklagter-zu-drei-jahren-haft-verurteilt-13555735.html>; Jüdische Allgemeine, „*Angriff auf Lahav Shapira: Prozess beginnt*“, 08.04.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/angriff-auf-lahav-shapira-prozess-beginnt/>.

<sup>17</sup> Vgl. Tagesspiegel, „*Ich bin genervt, es ist traurig: Landgericht sieht keinen Beweis für antisemitisches Motiv im Fall Lahav Shapira*“, 13.04.2026, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ich-bin-genervt-es-ist-traurig-landgericht-sieht-keinen-beweis-fur-antisemitisches-motiv-im-fall-lahav-shapira-15464095.html>.

<sup>18</sup> Vgl. ZDF Frontal, „*Jüdischer Student verklagt FU Berlin*“, 25.06.2024, <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-frontal-juedischer-student-verklagt-fu-berlin>; Jüdische Allgemeine, „*Gericht setzt Verfahren gegen FU Berlin fort*“, 08.01.2026, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gericht-setzt-verfahren-gegen-fu-berlin-fort-lahav-shapira-sieht-schutzpflicht-verletzt/>.

<sup>19</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „*Entsetzen über Gewalttat an Uni Hamburg*“, 10.05.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/entsetzen-ueber-gewalttat-an-uni-hamburg>. Zur Verurteilung: taz, „*Gewaltsamer Übergriff an der Uni*“, 08.04.2025, <https://taz.de/Gewaltsamer-Uebergriff-an-der-Uni!/6081224/>;

Burg Giebichenstein in Halle wurde im Juli 2024 eine Person mit sichtbarem Davidstern-Tattoo von einem Sicherheitsmitarbeiter ohne Vorwarnung mit Faustschlägen auf den Kopf attackiert, zu Boden geworfen und gewürgt. In einer bemerkenswerten Umkehr von Täter- und Opferrolle sprach der Dekan daraufhin dem Angegriffenen ein Hausverbot aus, während der Angreifer keine Konsequenzen erfuhr.<sup>20</sup>

Im Oktober 2024 drangen Aktivisten in ein Gebäude der FU Berlin ein, randalierten und bedrohten Mitarbeiter mit Äxten, Sägen und Brecheisen.<sup>21</sup> In Konstanz wurde an der Universität ein öffentlicher Aushang verbreitet, der sich gegen eine Wissenschaftlerin richtete, der ihren vollständigen Namen, ein Foto von ihr, ihr Büro sowie ihre Kontaktdaten enthielt und dazu aufrief, die Taten des 7. Oktober an ihr persönlich zu wiederholen („Physical invasion like on October 7th preferred!“). Das Dokument bezeichnete sie als „Zionist Jew“ und forderte Interessierte explizit auf, sie in ihrem Büro aufzusuchen.<sup>22</sup> An der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und der FU wurden im Juni 2024 Hamas-Schmierereien – rote Dreiecke – sowie Drohungen wie „Kai will pay“ und „Ziegler will pay“ an Universitätsgebäuden entdeckt, die sich direkt gegen den Regierenden Bürgermeister und den Präsidenten der FU richteten.<sup>23</sup> Im Mai 2025 wurden in unmittelbarer Nähe zur Humboldt-Universität mehrere Plakate entdeckt, die den zwei Tage zuvor in Washington ermordeten Deutsch-Israeli Yaron Lischinsky mit dem roten Hamas-Dreieck als Ziel markierten und mit dem Slogan „Make Zionists afraid“ allen Jüdinnen und Juden sowie Israelis mit dem Tod drohten. Der Staatsschutz des LKA hat wegen Billigung von Straftaten und Verwendens von Kennzeichen terroristischer Organisationen ermittelt.<sup>24</sup>

---

Stellungnahme der Universität Hamburg, 09.05.2024, <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/im-fokus/2024/0509-stellungnahme-ringvorlesung.html>.

<sup>20</sup> Vgl. BGA Halle, „Ablauf der Ereignisse um den antisemitischen Angriff am 13. Juli 2024, Kunsthochschule Burg Giebichenstein“, 22.07.2024, <https://bgahalle.wordpress.com/2024/07/22/ablauf-der-ereignisse-um-den-antisemitischen-angriff-am-13-juli-2024-kunsthochschule-burg-giebichenstein/>.

<sup>21</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Mit Äxten und Knüppeln in Uni gestürmt – Details zu Angriff“, 20.11.2024, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahost-konflikt-mit-axten-und-knuppeln-in-uni-gesturmt-details-zu-angriff-12740984.html>; RBB24, „FU-Präsidium besetzt – Vermummte Hintergrund Nabost“, 18.10.2024, <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/10/berlin-fu-praesidium-besetzt-vermummte-hintergrund-nahost.html>.

<sup>22</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Fall Konstanz (internes Dokument); vgl. auch Abschnitt 3 dieses Beitrags.

<sup>23</sup> Vgl. Spiegel Online, „Pro-Hamas-Schmierereien und Drohungen an Berliner Universitäten“, 13.06.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-pro-hamas-schmierereien-und-drohungen-an-universitaeten-a-814e5fb8-1003-46ec-845b-592b92781f41>.

<sup>24</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Berliner Polizei ermittelt wegen Drohplakaten nahe Humboldt-Uni: Getöteter Deutsch-Israeli mit Hamas-Dreieck markiert“, 24.05.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-polizei-ermittelt-wegen-drohplakaten-nahe-humboldt-uni-getoteter-deutsch-israeli-mit-hamas-dreieck-markiert-13747297.html>.

Morddrohungen richteten sich gegen mehrere Personen: Ein Mitglied aus dem Unterstützungskreis des NJH in Berlin erhielt Morddrohungen, nachdem er in sozialen Medien angeprangert worden war.<sup>25</sup> Gegen einen Journalisten in Berlin wurden Morddrohungen ausgesprochen; es tauchte ein Plakat mit seinem Gesicht, der Überschrift „Wanted“ und dem Spruch „From the river to the sea“ auf.<sup>26</sup> In Göttingen wurde eine Studentin, die am Frauentag ein Plakat mit der Aufschrift „Glaubt den israelischen Frauen“ zeigte, mit Vergewaltigung und Mord bedroht.<sup>27</sup> In Jena fand ein NJH-Mitglied in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung Schriftzüge wie „Zio Faschos aufs Maul“; neben seinem Namen wurde „Ziofascho“ geschrieben. Er erstattete Anzeige bei der Polizei.<sup>28</sup>

Im September 2025 eskalierte die Lage an der Goethe-Universität Frankfurt erneut: Eine Delegation der Partneruniversität Tel Aviv wurde auf dem Campus von rund fünfzehn Mitgliedern der Gruppe „Students4Palestine“ bedrängt, verfolgt und antisemitisch beleidigt. Die Polizei musste eingreifen.<sup>29</sup> Bereits zuvor waren Hetzflyer gegen das Präsidium der Goethe-Universität verbreitet worden.<sup>30</sup> Im Oktober 2025 versammelten sich rund hundert propalästinensische Demonstranten auf dem Campus und sprühten vor dem Präsidialgebäude die Drohung: „Schleiff, Schleiff, you can’t hide, you’re supporting genocide.“ Der Präsident hatte zuvor eine Kooperationsvereinbarung mit der Tel Aviv University unterzeichnet.<sup>31</sup>

## 2.2 Stigmatisierung und Ausgrenzung im akademischen Betrieb

Neben der physischen Gewalt dokumentiert das NJH eine Vielzahl von Fällen, in denen jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im akademischen Alltag stigmatisiert, diffamiert und ausgeschlossen wurden. An der Frankfurt University of

---

<sup>25</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Morddrohungen gegen Antisemitismusexperten – die fatale Verwechslung eines Palästina-Influencers“, 25.04.2024, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/morddrohungen-gegen-antisemitismusexperten-die-fatale-verwechslung-eines-palastina-influencers-11572028.html>.

<sup>26</sup> Vgl. NZZ, „Berlin: Nicolas Potter erhält Morddrohungen – Israel-Hass an Uni“, 17.04.2025, <https://www.nzz.ch/feuilleton/berlin-nicholas-potter-erhaelt-morddrohungen-israel-hass-an-uni-ld.1880708>.

<sup>27</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Universität Göttingen, 8. März 2024; SPME Europe, „A Report on Antisemitism at Georg-August-Universität Göttingen“, 13.03.2025, <https://europe.spme.org/nachrichten-aus-dem-akademischen-bereich/a-report-on-antisemitism-at-georg-august-universitat-goettingen/23420/>.

<sup>28</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Jena.

<sup>29</sup> Vgl. Hessenschau, „Anti-Israel-Protest: Goethe-Uni Frankfurt droht Studierenden mit Hausverbot“, 26.09.2025, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/anti-israel-protest-goethe-uni-frankfurt-droht-studierenden-mit-hausverbot-v1.anti-israel-protest-goethe-uni-100.html>.

<sup>30</sup> Vgl. Bild, „An Uni Frankfurt: Israelhasser verfolgen jüdische Wissenschaftler“, 26.09.2025, <https://www.bild.de/regional/frankfurt/an-uni-frankfurt-israelhasser-verfolgen-juedische-wissenschaftler-68d0e9405d604c6d7adae316>.

<sup>31</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Israelfeindliche Aktivisten bedrohen Uni-Präsidenten“, 24.10.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/israelfeindliche-aktivisten-bedrohen-uni-praesidenten/>.

Applied Sciences (UAS) wurden zwei NJH-Mitglieder in einem Chat von Hunderten Studierenden als „unsafe professors“ markiert, weil sie eine Petition zur Verurteilung des Massakers vom 7. Oktober unterschrieben hatten. Eine der beiden – die Antisemitismusforscherin, die den Forschungsbereich „Gesellschaftliches Erbe des Nationalsozialismus“ leitet – wurde in antisemitischer Manier als „rassistische Zionistin“ diffamiert, zum Feindbild erklärt und verleumdet; ihre Telefonnummer wurde im Chat von Hunderten Studierenden gepostet und es wurde zum Boykott ihrer Lehrveranstaltungen aufgerufen. Die Tagung, bei der sie sprechen sollte, musste unter Polizeischutz stattfinden.<sup>32</sup>

An der Goethe-Universität Frankfurt wurde die Islamforscherin Susanne Schröter als „antimuslimische Rassistin“ denunziert, ihre Seminare wurden boykottiert, und Kollegen am Forschungsbereich veröffentlichten ein Statement, um sich von ihr zu distanzieren. Auch sie benötigte Polizeischutz.<sup>33</sup> In Erfurt stand ein NJH-Mitglied auf einer von Studierenden zusammengestellten Boykottliste derjenigen, die sich geweigert hatten, Israel zu boykottieren – ihnen sollte der Zugang zum Campus verwehrt werden.<sup>34</sup> In Kleve wurde eine jüdische Studierendenvertreterin aus ihrer Position im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) ausgedrängt.<sup>35</sup>

Neue digitale Formen der Diffamierung kamen hinzu: Gegen ein NJH-Mitglied wurden durch künstliche Intelligenz (KI) generierte Diffamierungen auf sozialen Medien verbreitet.<sup>36</sup> Das NJH-Mitglied Guy Katz in München, der anti-antisemitische Kundgebungen organisiert, wurde in sozialen Medien mit diffamierenden Postings als „vom israelischen Offizier zum Professor“ denunziert; im Februar 2026 wurde zudem seine Wikipedia-Seite

---

<sup>32</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Chat-Hetze gegen jüdische Lehrende – Hochschule Frankfurt verurteilt Diskriminierung“, 26.09.2024, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/chat-hetze-gegen-juedische-lehrende-hochschule-frankfurt-verurteilt-diskriminierung-12441623.html>; FAZ, „Hetzkampagne gegen jüdische Antisemitismusforscherin“, 23.09.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/frankfurter-antisemitismus-forscherin-bernstein-wird-opfer-von-hetzkampagne-110003946.html>.

<sup>33</sup> Vgl. Focus, „Diese Leute treten als moralische Besserwisser auf – Professorin unter Polizeischutz“, 31.10.2023, [https://www.focus.de/politik/ausland/nahost/diese-leute-treten-als-moralische-besserwisser-auf-professorin-unter-polizeischutz-so-sabotieren-linke-die-islam-debatte-sabotiert\\_id\\_235399837.html](https://www.focus.de/politik/ausland/nahost/diese-leute-treten-als-moralische-besserwisser-auf-professorin-unter-polizeischutz-so-sabotieren-linke-die-islam-debatte-sabotiert_id_235399837.html).

<sup>34</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Erfurt.

<sup>35</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Plötzlich war ich nur noch die Jüdin, die man loswerden will“, 20.09.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/plotzlich-war-ich-nur-noch-die-juedin-die-man-loswerden-will/>.

<sup>36</sup> Vgl. Dokumentation des NJH.

gelöscht.<sup>37</sup> Guy Katz erhielt auch Morddrohungen.<sup>38</sup> Das NJH-Mitglied Haya Schulmann an der Goethe-Universität Frankfurt erlebte, wie eine Moderatorin des Hessischen Rundfunks (HR) in einer Technikprobe auf die Angabe der Herkunft „Israel“ mit einem abwertenden „Bäääääh“ und herausgestreckter Zunge reagierte – ein Vorfall, der die Normalisierung der Verachtung gegenüber allem Israelischen weit über den Campus hinaus illustriert.<sup>39</sup>

Die Ausgrenzung erstreckt sich auch auf den Kulturbereich: Einem NJH-Mitglied, einer israelischen Musikerin, wurde angeboten, nicht in einem Konzert mitzuspielen, da ihre israelische Herkunft das Publikum provozieren könne.<sup>40</sup> Besonders gravierend war die gezielte namentliche Zielmarkierung israelischer Gastwissenschaftler: Im Mai 2025 verbreitete die Gruppe „Students for Palestine“ an der Universität Freiburg ein Pamphlet, das israelische Kolleginnen und Kollegen, die in den Vorjahren längere Forschungsaufenthalte an der Universität absolviert hatten, namentlich mit direkten Links zu ihren öffentlichen Profilen auflistete – eine explizite Zielmarkierung, die weit über symbolischen Protest hinausgeht.<sup>41</sup> Die Linguistin Prof. Monika Schwarz-Friesel, NJH-Mitglied und eine der führenden Antisemitismusforscherinnen Deutschlands, erhielt im November 2025 eine Welle von Hassmails.<sup>42</sup> Jenseits der Hochschulen zeigte sich dieselbe Dynamik: Die Schauspielerin und Autorin Sarah Maria Sander verlor im Januar 2025 ihre Hauptrolle in einem millionenschweren Kinofilm, weil sie in einem Video deutsche Filmschaffende und die anti-israelische Haltung in der Kulturszene kritisiert hatte. Die Produktionsfirma ersetzte sie trotz Vertrag; ein Gerichtsstreit um die Umbesetzung läuft.<sup>43</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. NJH, „Solidaritätserklärung für Guy Katz“, 23.10.2025, <https://n-j-h.de/solidaritaet-mit-prof-dr-guy-katz-und-anderen-betroffenen/>. Siehe auch: Israelnetz, „Guy Katz: ‚Wir haben eine schweigende Mehrheit, wie im Nationalsozialismus‘“, 31.10.2025, <https://www.israelnetz.com/guy-katz-wir-haben-eine-schweigende-mehrheit-wie-im-nationalsozialismus>; Jüdische Allgemeine, Berichte über den „Run for Their Lives“-Solidaritätslauf in München.

<sup>38</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, „Todesdrohung gegen jüdischen Münchner Hochschul-Professor“, 22.10.2025, <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-todesdrohung-professor-guy-katz-palastina-israel-li.3328929>.

<sup>39</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Antisemitische Reaktion im Studio des Hessischen Rundfunks“, 30.01.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitische-reaktion-im-studio-des-hessischen-rundfunks/>; Dokumentation des NJH.

<sup>40</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall eines NJH-Mitglieds.

<sup>41</sup> Vgl. Students for Palestine Freiburg, Pamphlet mit Boykottforderungen, Mai 2025. Das Dokument enthält namentliche Verweise auf israelische Gastwissenschaftler. Dokumentation des NJH.

<sup>42</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Hassmails gegen Prof. Monika Schwarz-Friesel, November 2025.

<sup>43</sup> Vgl. BILD, „Prozess: Schauspielerin verliert Hauptrolle wegen Pro-Israel-Video“, 31.01.2026, <https://www.bild.de/news/inland/prozess-schauspielerin-verliert-hauptrolle-wegen-pro-israel-video-696df112173ea7f40d17cda0>.

## 2.3 Störung und Verhinderung von Veranstaltungen

Systematisch dokumentiert das NJH die Störung und Verhinderung von Veranstaltungen mit israelischem oder jüdischem Bezug. Im Februar 2024 wurde die israelische Richterin Daphne Barak-Erez bei einer Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität zu Berlin von Aktivisten lautstark beschimpft; sie verließ den Saal, die Veranstaltung wurde abgebrochen.<sup>44</sup> An der Frankfurt UAS wurde der Besuch der israelischen Professorin Orit Nuttman vom Sapir College während der International Week im Mai 2024 von der Gruppierung „students4palestine.frauas“ angeprangert und boykottiert.<sup>45</sup> Die Gruppierung verteilte an der gesamten Universität Flugblätter, auf denen Nuttman namentlich genannt und als Teil einer „verbrecherischen Kriegspolitik“ dargestellt wurde. Zudem wurde die Stadt Sderot, in der sich ihre Universität befindet, als „kolonialisiertes Dorf“ bzw. als „Siedlung“ bezeichnet. Die Gastvorlesung konnte unter dem Schutz von zwei Sicherheitskräften stattfinden. In den darauffolgenden Monaten stellte die Hochschule derselben Gruppierung mehrfach Räume und den Campus zur Verfügung.<sup>46</sup>

In Freiburg wurde ein Vortrag eines Mitglieds aus dem Unterstützungskreis des NJH aus Sicherheitsbedenken aus den Räumlichkeiten der Universität in die der israelitischen Gemeinde verlegt, nachdem der Studierendenrat (StuRa) ihn in einer Pressemitteilung als „Rassisten und Faschisten“ bezeichnet und in der StuRa-Sitzung damit gedroht worden war, die Veranstaltung zu stürmen.<sup>47</sup> Ebenfalls in Freiburg wurde ein Vortrag über den Holocaust-Überlebenden Jean Améry abgesagt, nachdem der Referent des Sozialreferats des StuRas die Vortragende in einer Mail an das Rektorat als „islamfeindlich“ bezeichnet hatte.<sup>48</sup> In Leipzig wurde eine Veranstaltung mit dem Historiker Benny Morris abgesagt, nachdem gegen sie mobilisiert worden war.<sup>49</sup> In Tübingen mobilisierten die „Jüdische Stimme“ und das „Unikomitee für Palästina“ gegen einen Vortrag über die Situation

---

<sup>44</sup> Vgl. ZEIT ONLINE, „Abbruch von Diskussion mit israelischer Richterin: beschämend“, 09.02.2024, <https://www.zeit.de/news/2024-02/09/abbruch-von-diskussion-mit-israelischer-richterin-beschaemend>.

<sup>45</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Auf dem Campus wird ihr ‚Zionistenschlampe‘ hinterhergerufen“, 18.06.2024, <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/antisemitismus-auf-dem-uni-campus-wird-ihr-zionistenschlampe-hinterhergerufen-19794536.html>.

<sup>46</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Frankfurt UAS, Mai 2024.

<sup>47</sup> Vgl. RDL, „Wenn sich so etwas durchsetzt im studentischen Umfeld, haben wir eine totalitäre Entwicklung“, 31.07.2024, <https://rdl.de/beitrag/wenn-sich-so-etwas-durchsetzt-im-studentischen-umfeld-haben-wir-eine-totalit-re-entwicklung>; Jüdische Allgemeine, „Unter Druck“, 10.12.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/unter-druck-5/>.

<sup>48</sup> Vgl. RDL, „Sozialreferat des StuRa der Uni Freiburg verhindert Vortrag über einen Holocaust-Überlebenden“, 05.11.2024, <https://rdl.de/beitrag/sozialreferat-des-sturas-der-uni-freiburg-verhindert-vortrag-ber-einen-holocaust-berlebenden>.

<sup>49</sup> Vgl. Jungle World, „Benny Morris in Leipzig gecancelt – die Geschichtsstunde fällt aus“, 05.12.2024, <https://jungle.world/artikel/2024/49/benny-morris-leipzig-gecancelt-die-geschichtsstunde-faellt-aus>.

jüdischer Studierender an deutschen Universitäten.<sup>50</sup> An der Georg-August-Universität Göttingen wurde im Oktober 2025 gegen die Gastvorlesung des israelischen Professors Yonatan Adler von der Ariel University protestiert; dabei wurde Adler als „Komplize“ israelischer Militärpolitik gebrandmarkt.<sup>51</sup>

In Hamburg wurde im Juni 2024 ein Vortrag der israelischen Bloggerin Jenny Havemann zum Thema Antisemitismus an der Universität Hamburg massiv gestört.<sup>52</sup> Propalästinensische Aktivisten mobilisierten im Vorfeld gegen die Veranstaltung; während des Vortrags kam es zu einer bedrohlichen Szene, als sich Störer demonstrativ in die erste Reihe setzten und über Bluetooth-Lautsprecher den Vortrag zu übertönen versuchten. Mehrere Zuhörer verließen den Saal unter Tränen. Die Universität musste die Aufzeichnung des Vortrags nachträglich bearbeiten, um die Störungen zu entfernen. Im September 2024 demonstrierten rund 170 antiisraelische Aktivisten an der TU Berlin gegen einen Vortrag von Volker Beck über jüdische Feiertage. Die Demonstranten skandierten, Beck habe „Blut an seinen Händen“, und riefen „Zionisten haben keinen Platz an unserer Uni“. Beck kritisierte anschließend die Leitung der TU Berlin wegen mangelnder Solidarität und unzureichenden Schutz der Veranstaltung.<sup>53</sup>

Besonders symbolträchtig war die Absage der Ausstellung „The Vicious Circle“ über antisemitische Pogrome an der FU Berlin im Dezember 2024. Die Universität begründete die Absage damit, das Foyer des betreffenden Gebäudes sei kein geeigneter Ort für eine Ausstellung, die „emotionale Reaktionen“ hervorrufen könnte; man befürchte „intensive Debatten“. Die Erinnerung an antisemitische Pogrome wurde damit zur Provokation umgedeutet – ein Vorgang, der die Logik der Vermeidung auf die Spitze trieb.<sup>54</sup>

---

<sup>50</sup> Vgl. IMI Online, „*Uni Tübingen: DIG-Veranstaltung mit Gegenprotest*“, 06.05.2025, <https://www.imi-online.de/2025/05/06/uni-tuebingen-dig-veranstaltung-mit-gegenprotest/>.

<sup>51</sup> Vgl. Georg-August-Universität Göttingen, Rückschau auf die Wellhausen-Vorlesung (Julius-Wellhausen-Vorlesung am 29. Oktober 2025), <https://www.uni-goettingen.de/de/642520.html>.

<sup>52</sup> Vgl. t-online (Hamburg), „*Pro-Palästina-Demonstranten stören Antisemitismus-Vorlesung*“, 28.06.2024, [https://hamburg.t-online.de/region/hamburg/id\\_100436774/uni-hamburg-pro-palaestina-demonstranten-stoeren-antisemitismus-vorlesung.html](https://hamburg.t-online.de/region/hamburg/id_100436774/uni-hamburg-pro-palaestina-demonstranten-stoeren-antisemitismus-vorlesung.html).

<sup>53</sup> Vgl. Forschung & Lehre, „*TU Berlin: Beck-Vortrag unter Polizeischutz*“, 17.09.2024, <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/beck-vortrag-unter-polizeischutz-6643>.

<sup>54</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, „*Jüdische Ausstellung an der FU: Vorsicht, Gefühle!*“, 10.12.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/the-vicious-circle-fu-berlin-lehnt-ausstellung-ueber-pogrome-ab-110166219.html>; Deutschlandfunk Kultur, „*FU Berlin sagt Ausstellung zu antisemitischen Pogromen ab*“, 11.12.2024, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/fu-berlin-sagt-ausstellung-zu-antisemitischen-pogromen-ab-100.html>.

## 2.4 Institutionelle Boykottforderungen und pseudoakademische Instrumente

Neben den individuellen Angriffen dokumentiert die NJH-Erhebung eine wachsende Zahl institutioneller Boykottforderungen, die akademische Sprache und Formate nutzen, um Diskriminierung als ethische Pflicht zu rahmen. An der Universität Leipzig veröffentlichten Angestellte und Studierende 2025 einen Report unter dem Titel „Upholding Ethical Responsibility and Ending Complicity in Genocide, Apartheid and Occupation“, der die Universität zum Abbruch aller Kooperationen mit israelischen akademischen Institutionen und Wissenschaftlern aufforderte. Der Report listete internationale Boykotte als Positivbeispiele auf.<sup>55</sup>

Das bereits in Abschnitt 2.2 beschriebene Pamphlet der „Students for Palestine“ an der Universität Freiburg vom Mai 2025, das israelische Gastwissenschaftler namentlich auflistete, ist ein weiteres Beispiel für diese Strategie.<sup>56</sup> An der Universität Jena forderte im November 2025 eine Gruppe von sieben Professoren, die bestehenden Kooperationen der Hochschule mit israelischen Universitäten auf mögliche Verbindungen zum israelischen Militär zu überprüfen. Der Senat der Universität Jena lehnte diesen Antrag einstimmig ab.<sup>57</sup>

Im Januar 2026 fand in Berlin die Konferenz „Academic Boycott Now“ statt (vgl. die Analyse in Abschnitt 3).<sup>58</sup> Für April 2026 kündigte dieselbe Initiative, die Academic Boycott Campaign Germany – ein Bündnis studentischer, akademischer und Palästina-solidarischer Kollektive – erstmals die „Israeli Apartheid Week (IAW)“ als bundesweit koordinierte Aktionswoche an Hochschulen in ganz Deutschland an.<sup>59</sup> Die Deutsche Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA) hat am 23.04.2026 zwei Resolutionen verabschiedet. Zwar wurde kein offener Boykott beschlossen, doch lassen sich die Beschlüsse als eine „soft-boykott-nahe Position“ einordnen, da sie wissenschaftliche

---

<sup>55</sup> Vgl. „*Upholding Ethical Responsibility and Ending Complicity in Genocide, Apartheid and Occupation: Report on Leipzig University’s Cooperations with Israeli Institutions*“, 2025. Dokumentation des NJH.

<sup>56</sup> Vgl. Fn. 41.

<sup>57</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „*Uni Jena lehnt Prüfung von Kontakten mit israelischen Hochschulen ab*“, 27.11.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/uni-jena-lehnt-pruefung-von-kontakten-mit-israelischen-hochschulen-ab/>.

<sup>58</sup> Vgl. taz, „*Academic Boycott-Konferenz in Berlin*“, 21.01.2026, <https://taz.de/Academic-Boycott-Konferenz-in-Berlin/!6147178/>. Siehe auch: „*Stellungnahme gegen akademische Boykotte und für internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit*“, 22.01.2026, <https://www.khsb-berlin.de/hochschule/service/nachrichten/stellungnahme-gegen-akademische-boykotte-und-fuer-internationale-wissenschaftliche-zusammenarbeit.html>; NJH, „*Statement: Academic Boycott Conference*“, 01.2026, <https://n-j-h.de/statement-academic-boycott-conference/>.

<sup>59</sup> Vgl. „*Academic Boycott Now*“, <https://academicboycott-conference.com/de/>.

Kooperationen an politische und völkerrechtliche Kriterien binden. Insbesondere die Empfehlung, institutionelle Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten kritisch zu prüfen, erzeugt einen normativen Druck, der faktisch zu selektiven Einschränkungen und damit zu boykottähnlichen Effekten führen kann.<sup>60</sup>

## 2.5 Studentische Selbstverwaltung als Akteur der Ausgrenzung

Eine besondere Rolle bei der Ausgrenzung jüdischer und israelischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen spielen Gremien der studentischen Selbstverwaltung. In Freiburg diffamierten StuRa-Vertreter Vortragende und verhinderten Veranstaltungen (vgl. Abschnitt 2.3). Im November 2024 traten zwei jüdische Studierendenvertreter vom AStA der Humboldt-Universität Berlin zurück und warfen ihren Kollegen vor, aktiv dafür gesorgt zu haben, dass sich jüdische Studierende nicht sicher fühlten. Sorgen jüdischer Studierender und Gespräche mit der Antisemitismusbeauftragten seien als „zu einseitig“ abgetan, die Relevanz des Antisemitismus grundsätzlich infrage gestellt worden.<sup>61</sup> 2026 kandidierte ein Masterstudent an der Frankfurt UAS für das Studierendenparlament mit einem Wahlplakat, das ihn mit Kufiya und Baseballschläger zeigte. Auf seinem Instagramprofil stand „Zios treten und entgegentreten“. Der Studierende wurde erfolgreich gewählt.<sup>62</sup> 2026 forderte das Studentenparlament der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Boykott Israels und unterstützte die BDS-Kampagne.<sup>63</sup> Das Hochschulrektorat hielt dagegen und veröffentlichte ein Statement, das den Boykottaufruf entschieden ablehnte.<sup>64</sup>

## 2.6 Absage und Selbstzensur

Die in Abschnitt 2.3 dokumentierten Störungen und Absagen haben eine Atmosphäre der Selbstzensur erzeugt. Universitäten überlassen antiisraelischen Akteuren de facto den öffentlichen Raum: Wer Veranstaltungen mit israelischem oder jüdischem Bezug organisiert, muss mit Drohungen, Störungen und dem Rückzug institutioneller Unterstützung

---

<sup>60</sup> Die Informationen beruhen auf der Mitteilung zu den Beschlüssen der Mitgliederversammlung sowie auf Rückmeldungen von Mitgliedern des Netzwerks, die zugleich Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie sind und die interne Kommunikation erhalten haben.

<sup>61</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Wegen des anhaltenden Antisemitismus: Studierende treten vom AStA der HU Berlin zurück“, 11.11.2024, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/wegen-des-anhaltenden-antisemitismus-studierende-treten-vom-asta-der-hu-berlin-zurueck-12682985.html>.

<sup>62</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Frankfurt.

<sup>63</sup> Vgl. Welt, „‘Komplizenschaft’ durch Zusammenarbeit – Düsseldorfer Studentenparlament fordert Israel-Boykott“, 15.04.2026, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article69d8bfe246b3860d5021d51/bds-beschluss-an-uni-duesseldorf-studentenparlament-fordert-israel-boykott.html>.

<sup>64</sup> Vgl. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, „Statement der Hochschulleitung“, 14.04.2026, <https://www.hhu.de/news-einzelansicht/rektorat-lehnt-boykottaufrufe-gegen-israel-entschieden-ab>.

rechnen. Die Umfrage des NJH vom Juli 2024 bestätigt dieses Bild: Viele jüdische Hochschullehrende berichten von Isolation, Entsolidarisierung und dem Gefühl, an ihren Hochschulen nicht mehr sicher zu sein.<sup>65</sup> Die zentrale Anlaufstelle für Antisemitismus-Betroffene an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (NRW) fordert mehr Aufklärung an Universitäten.<sup>66</sup>

Ein besonders prägnantes Beispiel für die Mechanismen der präventiven Kapitulation lieferte im September 2025 der Fall des an der Frankfurt UAS lehrenden jüdischen Publizisten und Professors Michel Friedman: Sein geplanter Auftritt im Literaturhaus Klütz in Mecklenburg-Vorpommern – anlässlich des 120. Geburtstags von Hannah Arendt – wurde von der Stadtvertretung abgesagt.<sup>67</sup> Als Begründung wurde die Angst vor rechts-extremen Protesten angeführt; zudem hieß es, Friedmans Auftreten „passe nicht zu Klütz“. Der Fall löste bundesweite Empörung aus; der Bürgermeister trat zurück. Friedman selbst sah in der Absage „peinliche Heuchelei“ und ein gefährliches Signal: Wer demokratische Veranstaltungen aus Angst vor Extremisten absage, kapituliere vor der Einschüchterung. Der Fall illustriert, wie die Logik der Vermeidung nicht nur von propalästinensischen, sondern auch von rechtsextremen Akteuren instrumentalisiert wird, um jüdische Stimmen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

### **3. Eskalationsdynamiken: Vom Boykottdiskurs zum Angriff auf Personen**

Die BDS-Bewegung betont in ihren offiziellen Richtlinien, der akademische Boykott richte sich ausschließlich gegen israelische Institutionen, nicht gegen Einzelpersonen.<sup>68</sup> Diese Unterscheidung ist jedoch eine Fiktion, die in der Praxis an deutschen Hochschulen täglich widerlegt wird. Selbst innerhalb der BDS-eigenen Logik lässt sich die Grenze nicht halten: Die PACBI-Richtlinien (Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel) verbieten etwa die Teilnahme an Gutachterkommissionen israelischer Universitäten, die Begutachtung von Berufungsverfahren und die Übernahme externer Dissertationsbetreuungen – Maßnahmen, die unmittelbar die Karrieren einzelner

---

<sup>65</sup> Vgl. Fn. 2.

<sup>66</sup> Vgl. WDR3 Resonanzen, „Antisemitismus an deutschen Hochschulen“, 04.02.2026, <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr3/wdr3-resonanzen/audio-antisemitismus-an-deutschen-hochschulen-100.html>.

<sup>67</sup> Vgl. DIE ZEIT (dpa), „Michel Friedman: Friedman spricht nach abgesagter Veranstaltung von Heuchelei“, 23.09.2025, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-09/michel-friedman-kluetz-literaturhaus-absage-kritik>.

<sup>68</sup> Vgl. BDS Movement, „PACBI Guidelines for the International Academic Boycott of Israel“, 08.07.2014, <https://bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines>.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen treffen.<sup>69</sup> Wie der Völkerrechtler Kevin Jon Heller in seiner Analyse der PACBI-Richtlinien festgestellt hat, ist die behauptete Trennung zwischen Institutionen und Individuen nicht haltbar, da die konkreten Boykottmaßnahmen unweigerlich einzelne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in ihrer beruflichen Existenz schädigen.<sup>70</sup> Die Logik des akademischen Boykotts richtet sich nicht gegen eine bestimmte Politik, sondern gegen die Existenz einer jüdischen Universität in einem jüdischen Staat – und damit gegen das Prinzip jüdischer Selbstbestimmung selbst.

In Deutschland geht die Eskalation weit darüber hinaus: Namenslisten in Freiburg und Erfurt, die Verbreitung privater Daten, Wanted-Plakate in Berlin und physische Gewalt belegen, dass der institutionelle Boykott stets den Wegbereiter für die Verfolgung Einzelner darstellt. Eine Studie in der Zeitschrift *Israel Affairs*, die auf Interviews mit israelischen Wissenschaftlern während des Krieges basiert, dokumentiert über 1.000 Fälle akademischer Diskriminierung seit dem 7. Oktober 2023 – von der Ablehnung von Zeitschriftenbeiträgen über die Ausladung von Konferenzen bis zum Abbruch langjähriger Forschungsk Kooperationen.<sup>71</sup> Auch Befunde aus Israel bestätigen diese Dynamik: Analysen des Samuel Neaman Institute verweisen auf einen signifikanten Anstieg internationaler Isolationstendenzen gegenüber israelischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen seit Oktober 2023, insbesondere in Form ausgesetzter institutioneller Kooperationen und wachsender politischer Konditionalisierung akademischer Zusammenarbeit.<sup>72</sup> Parallel dazu dokumentiert das Vera Institute systematisch Fälle von Ausschlüssen, Boykottaufrufen und informellen Sanktionen im globalen Wissenschaftsbetrieb, die sich sowohl gegen Institutionen als auch gegen individuelle Forschende richten.<sup>73</sup>

Die dokumentierten Vorfälle lassen eine klare Eskalationschronologie erkennen. In der ersten Phase ab Oktober 2023 dominierten verbale Angriffe und Onlinehetze:

---

<sup>69</sup> Vgl. Heller, K. J. „*Academic BDS and Individual Israeli Scholars*“, *Opinio Juris*, 01.11.2015, <http://opiniojuris.org/2015/11/01/academic-bds-and-individual-israeli-scholars/>.

<sup>70</sup> Die Paraphrase fasst die zentrale These aus Heller, K. J., „*Academic BDS and Individual Israeli Scholars*“, *Opinio Juris*, 01.11.2015, zusammen; vgl. Fn. 69.

<sup>71</sup> Vgl. Farber, S. „*The Hidden Boycott: Experiences of Israeli Academics during the Israel-Hamas War*“, in: *Israel Affairs*, 2024, 30, 1006-1024, <https://doi.org/10.1080/13537121.2024.2394303>. Sowie vgl. Haaretz, „*Number of Cases of Academic Boycott Against Israeli Researchers Has Tripled Over Last Year*“, 27.10.2025, <https://www.haaretz.com/israel-news/2025-10-27/ty-article/.premium/number-of-cases-of-academic-boycott-against-israeli-researchers-has-tripled-over-last-year/0000019a-2290-dcd3-abdb-aaf45ba0000>; StopBDS, „*Academic Boycotts*“, [https://www.stopbds.com/page\\_id-6/](https://www.stopbds.com/page_id-6/).

<sup>72</sup> Vgl. Samuel Neaman Institute, „*The Academic Boycott of Israel. Status Report for June 2025*“, online verfügbar unter: <https://www.neaman.org.il/en/the-academic-boycott-of-israel-final-report/>.

<sup>73</sup> Vgl. Association of University Heads, „*Statement on events on university campuses*“, 26.04.2024, online unter: <https://vera.org.il/wp-content/uploads/2024/04/VERA-On-events-on-campus-26-April-2024.pdf>.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wurden in Chats als „unsafe“ markiert, in sozialen Medien diffamiert und mit Hasskommentaren überzogen. In Karlsruhe berichtete ein NJH-Mitglied bereits am 13. Oktober 2023 von BDS-Sympathisanten und Israelhass am Campus der Hochschule für Gestaltung.<sup>74</sup> In einer zweiten Phase ab Frühjahr 2024 traten organisierte Störungen und systematische>Listenerstellung hinzu: Boykottlisten in Erfurt, Namenslisten in Freiburg, Wanted-Plakate in Berlin. In der dritten Phase, die bis in die Gegenwart andauert, kam es nicht nur zu einer Häufung offener Boykottaufrufe, zur Nicht-Verlängerung der Kooperationen mit israelischen Institutionen und zum Rückgang der EU-Förderungen israelischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen,<sup>75</sup> sondern auch zu physischer Gewalt und Morddrohungen – vom Angriff auf Lahav Shapira über die Attacke in Halle bis zu den Drohungen gegen NJH-Mitglieder in Berlin und Jena. In Konstanz ging die Eskalation so weit, dass ein öffentlicher Aushang an der Universität unter dem Namen einer Wissenschaftlerin dazu aufrief, die Taten des 7. Oktober an ihr persönlich zu wiederholen. Diese von uns verzeichnete Tendenz entspricht den Befunden aktueller Forschung, wonach antisemitische Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 weltweit massiv angestiegen sind, antisemitische Angriffe zunehmend normalisiert werden und 2025 mit 20 Todesopfern den höchsten Stand seit über 30 Jahren erreicht haben; zugleich kam es in zahlreichen Ländern zu einer erheblichen Zahl körperlicher Angriffe mit Verletzten.<sup>76</sup>

Bezeichnend ist auch die Rolle digitaler Infrastrukturen bei dieser Eskalation. Soziale Medien – insbesondere Instagram, Telegram und TikTok – dienen als Multiplikatoren und Koordinationsplattformen. Die Wanted-Plakate gegen einen Journalisten in Berlin wurden zunächst digital verbreitet, bevor sie physisch an Universitätsgebäuden auftauchten.<sup>77</sup> An der Frankfurt UAS wurde der Aufruf zum Boykott der israelischen Gastprofessorin Orit Nuttman über den Instagram-Account der Gruppierung *students4palestine.frauas* koordiniert. KI-generierte Diffamierungen gegen ein NJH-Mitglied an einer anderen Hochschule zeigen, dass auch neue Technologien zur Verfolgung instrumentalisiert werden. Diese digitale Dimension potenziert die Wirkung der Angriffe: Was einst

---

<sup>74</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Karlsruhe (13. Oktober 2023).

<sup>75</sup> Vgl. Welt, „*Plötzlich schneiden israelische Forscher bei der EU-Förderung auffällig schlecht ab*“, 27.03.2026, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article699c7a24c1f940724fde0977/europaeischer-forschungsrat-plotzlich-schneiden-israelische-forscher-bei-der-eu-foerderung-auffaellig-schlecht-ab.html>.

<sup>76</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „*Antisemitische Gewalt auf Höchststand seit Jahrzehnten*“, 13.04.2026, <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/antisemitische-gewalt-auf-hoehchststand-seit-jahrzehnten/>; Originalbericht Tel Aviv University, Center for the Study of Contemporary European Jewry: Antisemitism Worldwide Report 2025, abrufbar unter: <https://cst.tau.ac.il/annual-reports-on-worldwide-antisemitism/>.

<sup>77</sup> Vgl. NZZ, „*Berlin: Nicholas Potter erhält Morddrohungen – Israel-Hass an Uni*“, 17.04.2025, [https://www.nzz.ch/feuilleton/berlin-nicholas-potter-erhaelt-morddrohungen-israel-hass-an-uni-ld.1880708;](https://www.nzz.ch/feuilleton/berlin-nicholas-potter-erhaelt-morddrohungen-israel-hass-an-uni-ld.1880708;Dokumentation des NJH)  
Dokumentation des NJH.

an einer Universität geschah, wird nun in Echtzeit über Plattformen verbreitet und kann an anderen Standorten reproduziert werden. Die Boykottlisten in Erfurt und die Namenslisten in Freiburg folgen denselben Vorlagen; der Leipziger Report wurde unmittelbar nach seiner Veröffentlichung an anderen Standorten als Modell rezipiert. Es handelt sich nicht um isolierte Einzelfälle, sondern um eine vernetzte Kampagne mit arbeitsteiligen Strukturen.

Die performative Dimension dieser Eskalation verdient besondere Aufmerksamkeit. Slogans wie „From the river to the sea“ und „Zionists off campus“, das Anbringen von Hamas-Dreiecken an Universitätsgebäuden und die Verbreitung von Wanted-Plakaten dienen nicht primär der politischen Kommunikation, sondern der Herstellung von Gruppenidentität durch Ausgrenzung. Sie markieren den Campus als Raum, in dem jüdische und israelische Präsenz als Provokation gilt. Die pseudoakademischen Boykott-Reports – wie der Leipziger Report von 2025 – erfüllen dabei eine spezifische Legitimationsfunktion: Sie rahmen Diskriminierung in der Sprache der Wissenschaft und machen sie damit für ein akademisches Publikum akzeptabel. Begriffe wie „Complicity“, „Apartheid“ und „Genocide“ werden nicht als analytische Kategorien verwendet, sondern als Ausgrenzungsinstrumente, die eine moralische Pflicht zum Boykott konstruieren. Die Berliner Konferenz „Academic Boycott Now“ vom Januar 2026 markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser Institutionalisierung: Der Boykott wird nicht mehr als spontaner Protest gerahmt, sondern als dauerhafte Kampagnenstruktur mit eigener Organisationslogik.<sup>78</sup>

Die Berliner Hertie School verdichtet sämtliche Eskalationsstufen exemplarisch – und zwar ausgerechnet an einer Hochschule, deren Stiftungsvermögen aus der „Arisierung“ des Unternehmens der jüdischen Familie Tietz hervorging und die einen eigenen Fonds zur Antisemitismusbekämpfung unterhält.<sup>79</sup> In der ersten Phase nach dem 7. Oktober entstand ein israelfeindliches Diskursklima: In Seminaren wurde Israel eine „Herrschaft über große Teile der Welt“ unterstellt – ohne Widerspruch der Professoren; jüdische Studierende berichteten, nach Erwähnung eines Praktikums an der israelischen Botschaft „gecancelt“ worden zu sein.<sup>80</sup> In der zweiten Phase schufen radikale Gruppen ein

---

<sup>78</sup> Vgl. Fn. 58.

<sup>79</sup> Die Hertie-Stiftung wurde 1974 von den Erben des Kaufhausinhabers Georg Karg gegründet. Die Warenhauskette ging aus der „Arisierung“ des Unternehmens der jüdischen Familie Tietz hervor. Vgl. Her.Tietz Initiative, <https://hertietz.de>; Gemeinnützige Hertie-Stiftung, „Fund for Anti-Semitism Prevention and Education“, <https://www.ghst.de/en/fund-for-anti-semitism-prevention-and-education>.

<sup>80</sup> Vgl. Welt, „*Verhalten sich wie auf ihren extremistischen Demos in Kreuzberg*“, 13.03.2026, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article69aedbcf28206c8e00ed46af/hertie-school-in-berlin-verhalten-sich-wie-auf-ihren-extremistischen-demos-in-kreuzberg.html>; Hertie School, „*Statement on the joint event*“

systematisches Einschüchterungsregime: In Studentenchats wurde zwischen Fragen nach Nudelsuppen und Flohmärkten zur Intifada aufgerufen, Andersdenkende als „Faschisten“ beschimpft. Das von Studierenden gegründete „Solidarity Collective“ feierte am Jahrestag des 7. Oktober den „heroischen Widerstand des palästinensischen Volks“; bei der Abschlussfeier 2024 bat Präsidentin Woll um eine Solidaritätsminute für die palästinensischen Opfer – ohne die Ermordeten des 7. Oktober zu erwähnen.<sup>81</sup>

In der dritten Phase folgte die formelle Institutionalisierung: Im März 2026 verabschiedete die Studierendenvertretung – gewählt mit knapp 18 Prozent Wahlbeteiligung – mit über 90 Prozent eine BDS-Resolution, die erste an einer deutschen Hochschule überhaupt. Das „Solidarity Collective“ hatte die Studierendenvertretung zum „Vehikel seiner politischen Agenda“ gemacht: Vor der Wahl gemäßigt aufgetreten, radikalisierte es die Positionen systematisch nach der Wahl.<sup>82</sup> Annette Schavan, Vorstandsvorsitzende der Hertie-Stiftung, sprach von „eklatantem Mandatsmissbrauch“; innerhalb von 24 Stunden erreichte ein Abwahantrag das Quorum – ein Beleg dafür, dass erst der BDS-Beschluss den Widerstand mobilisierte und das Schweigen der Mehrheit zuvor den Raum geschaffen hatte, in dem eine radikale Minderheit Fakten setzte.<sup>83</sup> Am 13. März 2026 wurde die Studierendenvertretung schließlich per Misstrauensvotum abgewählt: 52 Prozent der Studierenden stimmten für die Auflösung. Der Präsident der JSUD, Ron Dekel, nannte das Ergebnis „einen leider sehr seltenen Sieg für die sogenannte schweigende Mehrheit“.<sup>84</sup>

#### **4. Die Rolle der Institutionen: Zwischen Schutzversagen und Komplizenschaft**

Die Analyse der institutionellen Reaktionen auf die dokumentierten Angriffe offenbart ein Muster aus Versagen, Vermeidung und stiller Komplizenschaft. Das eklatanteste Beispiel für aktives Schutzversagen liefert die Kunsthochschule Burg Giebichenstein in

---

*Judging in a constitutional democracy*“, 09.02.2024, <https://www.hertie-school.org/en/content/detail/content/statement-on-the-joint-event-judging-in-a-constitutional-democracy>.

<sup>81</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Juden sind der Hertie School keine Silbe wert“, 30.06.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/juden-sind-der-hertie-school-keine-silbe-wert/>.

<sup>82</sup> Vgl. Welt, „Hertie School in Berlin. ‘Eklatanter Mandatsmissbrauch’ – Hertie-Stiftung fordert Konsequenzen nach Aufruf zum Israel-Boycott“, 10.03.2026, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article69ac0e407ce3c08db9d2505a/eklatanter-mandatsmissbrauch-hertie-stiftung-fordert-konsequenzen-nach-aufruf-zum-israel-boycott.html>.

<sup>83</sup> Vgl. Fn. 82.

<sup>84</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Hertie School: Studierendenvertretung verliert Misstrauensvotum“, 16.03.2026, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/hertie-school-studierendenvertretung-verliert-misstrauensvotum/>.

Halle, wo der Dekan nach einem antisemitischen Angriff nicht den Täter, sondern das Opfer mit einem Hausverbot belegte.<sup>85</sup> Auch an der Universität Leipzig zeigt sich eine problematische Konstellation: Studentischen Gruppen wie „Students for Palestine Leipzig“ werden weiterhin universitäre Räume zur Verfügung gestellt, obwohl ihre Veranstaltungen und öffentlichen Positionierungen im Kontext von Kritik an antisemitischer Agitation stehen.<sup>86</sup> In beiden Fällen entsteht der Eindruck, dass nicht primär gegen die Verursacher von Einschüchterung und Grenzüberschreitungen vorgegangen wird, sondern dass Betroffene in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Eine solche Verschiebung der Schutzpflicht untergräbt das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig. Es verdichten sich Hinweise darauf, dass problematische und teils antisemitische Positionierungen im Hochschul- und Kulturbetrieb artikuliert werden können, ohne dass daraus zwingend institutionelle Konsequenzen folgen. So wurde etwa an der Universität Potsdam ein Soziologieprofessor öffentlich dafür kritisiert, in Lehrveranstaltungen antiisraelische Propaganda zu verbreiten; der Antisemitismusbeauftragte sprach von einer „überschrittenen roten Linie“ und forderte eine Überprüfung der Inhalte, ohne dass unmittelbar strukturelle Konsequenzen sichtbar wurden.<sup>87</sup> Trotz erheblicher fachlicher und öffentlicher Kritik im Vorfeld führte die Philipps-Universität Marburg eine Veranstaltung mit Helga Baumgarten durch.<sup>88</sup> Ähnliche Dynamiken zeigen sich im kulturell-akademischen Feld: An der Kunstakademie Düsseldorf wurde trotz massiver Kritik (auch seitens der NRW-Ministerin Ina Brandes) und Hinweise auf antisemitische bzw. terrorverherrlichende Positionen an einer Veranstaltung festgehalten und dies mit Verweis auf Kunstfreiheit begründet; selbst angesichts politischer und zivilgesellschaftlicher Interventionen blieb die institutionelle Reaktion ambivalent und defensiv.<sup>89</sup> Auch im

---

<sup>85</sup> Vgl. Fn. 20.

<sup>86</sup> Vgl. Berichterstattung zur Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes zu pro-palästinensischen Gruppen in Leipzig, die israelfeindliche bis antisemitische Narrative verbreiten, in: *Leipziger Volkszeitung*, 15.01.2026, <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/leipzig-sachsens-verfassungsschutz-sieht-demo-am-17-01-2026-mit-sorge-PYAYVHHVF5ABFMAMUWZZW4UZGL.html>. Zudem Anknüpfung einer studentischen Vollversammlung von „Students for Palestine Leipzig“ im Hörsaal der Universität Leipzig am 19.05.2026, <https://www.findaprotest.info/event/leipzig/evt-75826cf493ccb976>.

<sup>87</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Rote Linie überschritten“ – Antisemitismusbeauftragter kritisiert Potsdamer Soziologie-Professor“, 25.03.2025, <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/rote-linie-uberschritten-antisemitismusbeauftragter-kritisiert-potsdamer-soziologie-professor-13429447.html>.

<sup>88</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Kritik an der Philipps-Universität Marburg wegen Veranstaltung mit Helga Baumgarten“, 11.06.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-philipps-universitaet-wegen-veranstaltung-mit-helga-baumgarten>.

<sup>89</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Terror-Sympathisantin an Kunstakademie: Stadt zieht Konsequenzen“, 02.02.2026, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/terror-sympathisantin-an-kunstakademie-stadt-zieht-konsequenzen/>; Vgl. Forschung & Lehre, „Jüdische Gemeinde verlangt Abberufung der Düsseldorfer Akademie-Rektorin“, 23.01.2026, <https://www.forschung-und-lehre.de/management/juedische-gemeinde-verlangt-abberufung-von-kunstakademie-rektorin-7501>.

Hochschulkontext in Hamburg lassen sich vergleichbare Dynamiken beobachten: Berichte über den Umgang mit umstrittenen Positionierungen und Vorfällen deuten darauf hin, dass selbst bei öffentlichen Kontroversen und Kritik institutionelle Reaktionen häufig zögerlich bleiben und klare Konsequenzen ausbleiben, wodurch problematische Inhalte weiterhin Raum im akademischen Umfeld erhalten.<sup>90</sup> In der Gesamtschau entsteht so der Eindruck einer strukturellen Asymmetrie: Während bestimmte Positionen – selbst wenn sie als problematisch oder diskriminierend kritisiert werden – unter dem Schutz von Wissenschafts- oder Kunstfreiheit fortgeführt werden können, fehlen klare und konsistente institutionelle Konsequenzen. Dies trägt dazu bei, dass sich Grenzverschiebungen normalisieren und die Schwelle dessen, was im akademischen Raum sag- und vermittelbar ist, zunehmend verschiebt.

Ein besonders gravierendes Beispiel institutionellen Versagens lieferte die Alice Salomon Hochschule (ASH) in Berlin.<sup>91</sup> Am 6. Januar 2025 besetzten rund 60 sogenannte propalästinensische Aktivisten das Audimax der Hochschule, die den Namen der jüdischen Sozialreformerin Alice Salomon trägt. Die verummumten Besetzer verhüllten die Büste Salomons mit einer Kufiya und schmierten „Palestine“ auf den Sockel – eine symbolische Enteignung der jüdischen Namensgeberin. Im Hörsaal wurden Postkarten mit der Aufschrift „Hamas Habibi“ verteilt, das rote Dreieck der Terrororganisation Hamas plakatiert und Intifada-Parolen skandiert. Hochschulpräsidentin Bettina Völter äußerte sich kritisch zur Polizeipräsenz und bezeichnete diese als „bedrohlich“. Zugleich blieb den Besetzern Berichten zufolge zunächst der Zugang zu universitären Räumen erhalten. Aus journalistischen Kreisen wurde zudem kritisiert, dass der Zugang zum Audimax zeitweise eingeschränkt gewesen sei und Dokumentationsmaterial entfernt worden sei. Daraufhin wurde eine Petition zur Unterstützung der Hochschulleitung von zahlreichen renommierten Professorinnen unterzeichnet. Dabei wurde in der öffentlichen Wahrnehmung teilweise die Präsidentin selbst als Adressatin der Kritik in den Mittelpunkt gestellt. Im April 2025 wurde an derselben Hochschule eine israelfeindliche Veranstaltung mit dem Titel „Welche Pädagogik in Zeiten des Genozids?“ sogar als Prüfungsleistung anerkannt – eine Institutionalisierung des Antisemitismus im akademischen Betrieb, die zeigt, wie weit die Erosion reicht.

---

<sup>90</sup> Vgl. Bergedorfer Zeitung, „Nach Hamas-Aussagen: Universität Hamburg lässt Professor gewähren“, 25.04.2026, <https://www.pressreader.com/germany/bergedorfer-zeitung/20260425/281784225687960>.

<sup>91</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „Alice Salomon Hochschule: Mitarbeiter fühlen sich von Israelhassern bedroht“, 13.01.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/alice-salomon-hochschule-mitarbeiter-fuehlen-sich-von-israelhassern-bedroht/>; Berliner Zeitung, „Absolut deplatziert: Spranger kritisiert Präsidentin von Alice-Salomon-Hochschule“, 13.01.2025, <https://www.berliner-zeitung.de/news/besetzung-von-alice-salomon-hochschule-scharfe-kritik-von-iris-spranger-an-praesidentin-li.2288835>.

Ein weiteres Muster zeigt sich in der unterschiedlichen Behandlung verschiedener Formen von Diskriminierung. Hochschulen, die bei rassistischen oder sexistischen Vorfällen meist schnell und entschieden reagieren, zeigen bei antisemitischen Angriffen oft eine auffällige Zurückhaltung. Die Relativierung antisemitischer Vorfälle als „politische Meinungsäußerung“ oder als „Ausdruck des Nahostkonflikts“ zieht sich wie ein roter Faden durch die dokumentierten institutionellen Reaktionen. In Hamburg wurde der körperliche Angriff auf ein DIG-Vorstandsmitglied von der Hochschulleitung zunächst nicht als antisemitischer Vorfall eingeordnet. An der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle wurde der Angriff auf einen Studierenden mit Davidstern-Tattoo erst durch öffentlichen Druck als antisemitisch motiviert anerkannt. Diese Asymmetrie der institutionellen Wahrnehmung signalisiert den Angreifern, dass antisemitische Gewalt mit geringeren Konsequenzen verbunden ist als andere Formen der Diskriminierung – eine Botschaft, die zur weiteren Eskalation einlädt.

Vorherrschend ist das Muster der Vermeidung und Beschwichtigung. Die Absage der Pogrom-Ausstellung an der FU Berlin mit dem Argument, sie könne „emotionale Reaktionen“ und „intensive Debatten“ hervorrufen, ist symptomatisch für eine Haltung, die nicht den Antisemitismus als Problem identifiziert, sondern die Sichtbarkeit jüdischer und israelischer Themen. Vorträge werden in nicht-universitäre Räume verlegt, Veranstaltungen abgesagt, klare Positionierungen verweigert. Das Ergebnis ist ein faktisches Vetorecht antiisraelischer Akteure über die Nutzung des öffentlichen Hochschulraums. Wer Sicherheitsbedenken als Grund für Absagen anführt, sanktioniert nicht die Bedrohung, sondern die bedrohte Veranstaltung – und signalisiert damit, dass Einschüchterung ein wirksames Mittel ist, um unerwünschte Inhalte vom Campus fernzuhalten.

Universitätsleitungen bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen ihrer Pflicht zum Schutz vor Diskriminierung und dem Druck antisemitischer Mobilisierung. Einige Universitäten – wie die Goethe-Universität Frankfurt, deren Präsident Enrico Schleiff Strafanzeige erstattete – reagierten entschlossen; die Mehrzahl jedoch schwankte zwischen Besänftigung und Zurückhaltung. Der Senat der Universität Jena zeigte, dass auch entschlossenes Handeln möglich ist, indem er den Antrag auf Überprüfung der Kooperationen mit israelischen Universitäten einstimmig ablehnte.<sup>92</sup> Die Umfrage des NJH vom Juli 2024 verdichtet das Gesamtbild empirisch: Viele Befragte berichteten von einem schwindenden Vertrauen in die Schutzbereitschaft ihrer Institutionen.<sup>93</sup>

Ein besonders eklatanter Fall institutioneller Komplizenschaft ereignete sich im Oktober 2025 an der Technischen Universität Berlin (TU Berlin). Die Präsidentin Geraldine Rauch versuchte, eine Veranstaltung des jüdisch-kurdischen Vereins Pek Koach über

---

<sup>92</sup> Vgl. Fn. 57.

<sup>93</sup> Vgl. Fn. 2.

Islamismus und Gewalt gegen Minderheiten zu verhindern, und bezeichnete die Veranstaltung gegenüber dem Akademischen Senat als von „islamfeindlichen Tendenzen“ geprägt.<sup>94</sup> Jüdische und kurdische Organisationen forderten daraufhin ihren Rücktritt. Rauch, die bereits im Sommer 2024 wegen ihrer „Likes“ antisemitischer Social-Media-Posts in die Kritik geraten war, verlor im Dezember 2025 die Wiederwahl mit nur 18 gegen 42 Stimmen.<sup>95</sup> Der Fall illustriert, wie die Sprache der „Islamophobie“ instrumentalisiert werden kann, um jüdische Veranstaltungen zu delegitimieren – und zwar nicht durch studentische Aktivisten, sondern durch die Hochschulleitung selbst.

Ein strukturelles Problem besteht darin, dass viele Hochschulen über keine klaren Verfahren zur Bewältigung antisemitischer Vorfälle verfügen. Antidiskriminierungsbeauftragte sind häufig für ein breites Spektrum von Beschwerden zuständig und nicht spezifisch für Antisemitismus sensibilisiert. In mehreren Fällen wurden Beschwerden über antisemitische Vorfälle von den zuständigen Stellen als Meinungsverschiedenheiten eingestuft oder an untergeordnete Verwaltungsebenen weitergeleitet, wo sie versandeten. Der Rücktritt der jüdischen Studierendenvertreter an der Humboldt-Universität, die berichteten, dass Gespräche mit der Antisemitismusbeauftragten von AStA-Kollegen als „zu einseitig“ abgetan worden seien, illustriert dieses Strukturdefizit.<sup>96</sup> Hinzu kommt, dass Hochschulleitungen oft rechtliche Unsicherheit als Grund für Untätigkeit anführen: Man wisse nicht genau, wie weit BDS-Aufrufe durch die Meinungsfreiheit geschützt seien. Doch diese Rechtsunsicherheit darf nicht dazu führen, dass eindeutige Fälle von Diskriminierung – wie Namenslisten, Wanted-Plakate und Drohungen – ungeahndet bleiben.

Wenn Hochschulen ihre Schutzpflicht gegenüber jüdischen und israelischen Angehörigen systematisch vernachlässigen, wird das Schweigen selbst zum Instrument der Ausgrenzung. Die Hochschulen müssen begreifen, dass ihre Passivität nicht Neutralität signalisiert, sondern den Raum für weitere Eskalation öffnet.

---

<sup>94</sup> Vgl. Tagesspiegel, „*Sie befeuert Vorurteile gegen bedrohte Minderheiten: Präsidentin der TU Berlin wegen Angriff auf jüdisch-kurdische Veranstaltung in der Kritik*“, 23.10.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/sie-befeuert-vorurteile-gegen-bedrohte-minderheiten-prasidentin-der-tu-berlin-wegen-angriff-auf-judisch-kurdische-veranstaltung-in-der-kritik-14633219.html>; Jungle World, „*Aktivistische Hochschulleitung*“, 23.10.2025, <https://jungle.world/artikel/2025/43/geraldine-rauch-praesidentin-tu-berlin-islamismus-aktivistische-hochschulleitung>.

<sup>95</sup> Vgl. NZZ, „*TU-Präsidentin Geraldine Rauch offenbart die Abgründe progressiver Ideologen*“, 26.10.2025, <https://www.nzz.ch/feuilleton/tu-praesidentin-geraldine-rauch-geht-gegen-eine-veranstaltung-ueber-islamistische-gewalt-gegen-minderheiten-vor-nun-fordern-juedische-und-kurdische-vereine-ihren-ruecktritt-ld.1908802>. Vgl. Jüdische Allgemeine, „*Präsidentin der TU Berlin abgewählt*“, 03.12.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/praesidentin-der-tu-berlin-abgewaehlt/>.

<sup>96</sup> Vgl. Fn. 61.

## 5. Der deutsche Fall im Kontext der internationalen Boykottwelle

Die Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in Deutschland sind Teil einer globalen Boykottkampagne, die sich seit dem 7. Oktober 2023 dramatisch verschärft hat. Die NJH-Dokumentation verzeichnet mehr als 33 Universitäten weltweit, die seit Oktober 2023 Kooperationen mit israelischen Institutionen beendet oder ausgesetzt haben – in Norwegen, Belgien, den Niederlanden, Italien, Spanien, der Schweiz, Südafrika und weiteren Ländern.<sup>97</sup> Bemerkenswert ist, dass diese Boykotte sich ausschließlich gegen den jüdischen Staat richten: Zwar haben nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 zahlreiche Staaten und Hochschulen institutionelle Kooperationen mit russischen Einrichtungen im Rahmen staatlich koordinierter Sanktionen eingefroren – doch wurden dabei ausdrücklich individuelle Forschungsk Kooperationen von den institutionellen Maßnahmen unterschieden. Ein vergleichbarer zivilgesellschaftlicher Boykott, der einzelne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit verfolgt, ist weder gegen Russland noch gegen China – trotz der massiven Gewalt gegen die uigurische Bevölkerung – noch gegenüber dem Iran verhängt worden, wo Dissidentinnen und Dissidenten verfolgt, inhaftiert und hingerichtet sowie Frauen systematisch unterdrückt werden. Diese Selektivität ist ein starkes Indiz dafür, dass nicht allgemeine Menschenrechtsanliegen die Boykotte motivieren, sondern eine spezifische Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat.<sup>98</sup> Diese Feindschaft richtet sich im Kern gegen den Zionismus als nationale Selbstbestimmung des jüdischen Volkes: Nicht die Politik einer Regierung, sondern die bloße Existenz eines jüdischen Staates wird zum Anlass der Ächtung.

Die Boykottwelle erfasst zunehmend auch den Kultur- und Sportbereich. Im September 2025 lud das Flanders Festival in Gent die Münchner Philharmoniker unter der Leitung des israelischen Dirigenten Lahav Shani aus – mit der Begründung, man könne seine Haltung zum „genozidalen Regime in Tel Aviv“ nicht ausreichend klären. Deutschlands Kulturstaatsminister bezeichnete die Entscheidung als „Schande für Europa“.<sup>99</sup> An der

---

<sup>97</sup> Vgl. Dokumentation des NJH der weltweiten Universitätsboykotte. Zu den einzelnen Fällen siehe u.a.: Science, „*Johannesburg University ends research with Israeli school*“, 25.03.2011, <https://doi.org/10.1126/article.29046>; FAZ, „*Universität Turin stoppt Zusammenarbeit mit israelischen Hochschulen*“, 20.03.2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/universitaet-turin-stoppt-zusammenarbeit-mit-israelischen-hochschulen-19600081.html>.

<sup>98</sup> Vgl. Eyal Winter, „*Boykott israelischer Akademiker – Das Verschwinden der europäischen Aufklärung*“, Cicero, 14.09.2025, <https://www.cicero.de/kultur/boykott-israelischer-akademiker-das-verschwinden-der-europaischen-aufklarung>.

<sup>99</sup> Vgl. BR Nachrichten, „*Nach Festival-Ausladung: Dirigent Shani äußert sich erstmals*“, 17.09.2025, <https://www.br.de/nachrichten/kultur/nach-festival-ausladung-dirigent-shani-aeussert-sich-erst-mals.Ux2MZBf>; Times of Israel, „*Belgian festival scraps performance by Munich Philharmonic over Israeli*

Erasmus-Universität Rotterdam wurde im Oktober 2025 die israelische Soziologin Eva Illouz von einem Gastvortrag über Liebe und Kapitalismus – ein gänzlich unpolitisches Thema – eingeladen, weil ihre Position an der Hebrew University „sehr sensibel“ sei.<sup>100</sup> An der City University of London stürmten im Oktober 2025 maskierte Studierende den Hörsaal des israelischen Professors Michael Ben-Gad, bezeichneten ihn als Kriegsverbrecher und drohten damit, ihn zu köpfen.<sup>101</sup> In Polen wurden 90 israelische Kinder im Alter von 7 bis 16 Jahren von einem Judo-Turnier ausgeschlossen, nachdem sie antisemitischen Sprechchoren und körperlichen Angriffen auf Trainer ausgesetzt waren.<sup>102</sup>

Die Ausgrenzung geht über die Hochschulen hinaus. Die European Association of Archaeologists lud im September 2025 israelische Archäologen nur unter der Bedingung ein, jede Erwähnung ihrer institutionellen Zugehörigkeit zu vermeiden.<sup>103</sup> In Sarajevo verhinderte der bosnische Minister Adnan Delic im Juni 2025 eine Konferenz der Europäischen Rabbiner mit der Begründung, Israel sei ein „genozidales Regime“.<sup>104</sup> In Genf wurde der Historiker Tripurdaman Singh angegriffen, weil er einen mit Israel verbundenen Forschungspreis annahm – die Boykottlogik trifft längst auch nichtjüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.<sup>105,106</sup>

Lokale Forderungen sind dabei in eine transnationale Kampagnenlogik eingebettet: Der Leipziger Boykott-Report von 2025 listet internationale Universitätsboykotte als Positivbeispiele und übernimmt die Rahmung der BDS-Bewegung, wonach jede Form der

---

conductor“, 11.09.2025, <https://www.timesofisrael.com/belgian-festival-scrap-performance-by-munich-phil-harmonic-over-israeli-conductor/>.

<sup>100</sup> Vgl. NRC, „Israelische spreker niet meer welkom bij Erasmus Universiteit“, 27.10.2025,

<https://www.nrc.nl/nieuws/2025/10/27/israelische-spreker-niet-meer-welkom-bij-erasmus-universiteit-a4910810>.

<sup>101</sup> Vgl. Times of Israel, „Israeli professor in London says masked students threatened to behead him“,

23.10.2025, <https://www.timesofisrael.com/israeli-professor-in-london-says-masked-students-threatened-to-behead-him/>.

<sup>102</sup> Vgl. JFeed, „Israeli judo team expelled from Poland tournament“, 12.01.2026, <https://www.jfeed.com/anti-semitism/israeli-judo-team-expelled-poland>.

<sup>103</sup> Vgl. EAA, „Statement on Threats to Archaeology and Archaeologists arising from the Israel/Gaza crisis“, November 2024, [https://www.e-a-a.org/EAA/About/Statements\\_2018-2024/Statement\\_2024\\_Israel\\_Gaza\\_November\\_2024.aspx](https://www.e-a-a.org/EAA/About/Statements_2018-2024/Statement_2024_Israel_Gaza_November_2024.aspx).

<sup>104</sup> Vgl. Times of Israel, „Meeting of European rabbis in Sarajevo canceled after anti-Israel pressure“, 13.06.2025, <https://www.timesofisrael.com/meeting-of-european-rabbis-in-sarajevo-canceled-after-anti-israel-pressure/>.

<sup>105</sup> Vgl. NZZ, „Eklat an Genfer Hochschule: Professoren mobben indischen Nachwuchsforscher“, 12.11.2025,

<https://www.nzz.ch/feuilleton/eklat-an-genfer-hochschule-professoren-mobben-indischen-nachwuchsforscher-ld.1911098>. Singh erhielt 2024 den Dan David Prize (verwaltet von der Universität Tel Aviv); Kollegen am Geneva Graduate Institute stellten ihn daraufhin öffentlich an den Pranger.

<sup>106</sup> Vgl. Dokumentation des NJH internationaler Vorfälle.

Kooperation mit israelischen Institutionen „Kopplizenschaft“ darstelle.<sup>107</sup> Das Freiburger Pamphlet der Students for Palestine vom Mai 2025, das israelische Gastwissenschaftler namentlich auflistet, folgt derselben Logik: Es übersetzt die abstrakte Forderung nach einem institutionellen Boykott in eine konkrete Bedrohung einzelner Personen.<sup>108</sup> Im August 2025 forderten zudem über 300 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen öffentlich den Boykott israelischer Universitäten.<sup>109</sup> An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf brachte die Campusgruppe „BDS HHU“ im März 2026 einen „Boycott, Divest, Sanction Report“ ins Studierendenparlament ein, der das Ende aller Kooperationen mit israelischen Universitäten fordert – begleitet von einer über den AStA finanzierten Kampagne.<sup>110</sup> Die Berliner Konferenz „Academic Boycott Now“ vom Januar 2026 verdeutlicht die zunehmende Institutionalisierung dieser Kampagnen im deutschen Raum.<sup>111</sup>

Die in der Einleitung beschriebene Diskrepanz zwischen Erinnerungskultur und Hochschulrealität tritt im deutschen Fall besonders scharf hervor: Trotz der Bundestagsbeschlüsse gegen BDS<sup>112</sup> kommt es an Hochschulen alltäglich zu Ausgrenzung in Seminarräumen, Chats und Gremien – obwohl Deutschland als erstes europäisches Parlament die BDS-Bewegung als antisemitisch eingestuft hat.<sup>113</sup> Ein Verwaltungsgericht bestätigte 2021, dass dieser Beschluss keine Grundrechte verletze, sondern eine legitime Positionsbestimmung des Bundestags darstelle.<sup>114</sup> Und dennoch werden an deutschen Hochschulen Namenslisten erstellt, Veranstaltungen mit jüdischem Bezug verhindert und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen physisch angegriffen.

In der Schweiz haben die Universitäten Genf und Lausanne 2025 Kooperationen mit israelischen Universitäten beendet,<sup>115</sup> nachdem Aktivisten Listen von Forschenden

---

<sup>107</sup> Vgl. Fn. 55.

<sup>108</sup> Vgl. Fn. 41.

<sup>109</sup> Vgl. Jüdische Allgemeine, „300 Wissenschaftler fordern Boykott israelischer Universitäten“, 22.08.2025, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/300-wissenschaftler-fordern-boykott-israelischer-universitaeten/>.

<sup>110</sup> Vgl. Arémi, Jasmin, „BDS an der Heinrich-Heine-Universität“, in: Mena-Watch, 16.03.2026, <https://www.mena-watch.com/bds-an-der-heinrich-heine-universitaet/>.

<sup>111</sup> Vgl. Fn. 58.

<sup>112</sup> Vgl. Fn. 10.

<sup>113</sup> Vgl. ELNET, „Bundestag’s BDS Resolution“, 11.06.2019, <https://elnetwork.eu/country/germany/bundestags-bds-resolution/>.

<sup>114</sup> Vgl. Berliner Verwaltungsgericht, Pressemitteilung Nr. 52/2021, 07.10.2021, <https://www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1133827.php>.

<sup>115</sup> Vgl. RTS, „L’UNIGE rompt son partenariat avec l’Université hébraïque de Jérusalem“, 06.06.2025, <https://www.rts.ch/info/regions/geneve/2025/article/l-unige-rompt-son-partenariat-avec-l-universite-hebraique-de-jerusalem-28903674.html>; RTS, „L’UNIL rompt avec l’Université hébraïque de Jérusalem“,

veröffentlicht hatten, die mit israelischen Universitäten kooperieren – ein Pranger, der an den Hochschulen Lausanne und Genf tatsächlich zur Einschränkung solcher Kooperationen beitrug.<sup>116</sup> An der Central European University in Wien berichtet ein NJH-Mitglied von systematischer Ausgrenzung; in Basel wurde ein jüdischer Lehrbeauftragter während einer Campusbesetzung tödlich angegriffen.<sup>117</sup> Der deutschsprachige Raum insgesamt ist zum Schauplatz einer Kampagne geworden, die vorgibt, Institutionen zu boykottieren, tatsächlich aber Menschen verfolgt.

Exemplarisch ist der Fall einer israelischen Ökonomin am IIASA in Österreich, die NJH-Mitglied ist: Ihre Forschung zur Ernährungssicherheit in den palästinensischen Gebieten wurde als „wissenschaftliches Fehlverhalten“ denunziert – mit dem Argument, ihre israelische Herkunft mache sie befangen. Das Institut entfernte die Arbeit aus seiner Online-Veröffentlichungsliste.<sup>118</sup> Parallel zeigt sich die Diskriminierung auf struktureller Ebene: Die Erfolgsquote israelischer Forschender bei den European Research Council (ERC) Starting Grants fiel 2025 von zuvor durchschnittlich rund 26 Prozent auf nur noch 9,3 Prozent – ein Rückgang, den ein NJH-Mitglied und ERC-Gutachter in einem offenen Brief an die ERC-Präsidentin als Indiz antiisraelischer Voreingenommenheit im Begutachtungsverfahren wertete.<sup>119</sup>

Eine besondere Signalwirkung hatte die Entscheidung der AAUP im August 2024, ihre jahrzehntelange Opposition gegen akademische Boykotte aufzugeben.<sup>120</sup> Die BDS-Bewegung feierte die Revision als Durchbruch, verkannte dabei jedoch, dass sie auf einer knappen Abstimmung beruhte und dass die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland durch

---

15.06.2025, <https://www.rts.ch/info/regions/vaud/2025/article/l-unil-rompt-avec-l-universite-hebraique-de-jerusalem-divergences-ethiques-28912383.html>.

<sup>116</sup> Vgl. NZZ, „Professor für jüdische Geschichte in Lausanne: Sie wollten unsere Vorlesung verbinden“,

21.10.2025, <https://www.nzz.ch/feuilleton/professor-fuer-juedische-geschichte-in-lausanne-sie-wollten-unsere-vorlesung-verhindern-ld.1907640>.

<sup>117</sup> Vgl. Pfarrblatt Bern, „Manche Leute halten ihr Jüdisch-Sein geheim“, 26.06.2024, <https://www.pfarrblatt-bern.ch/artikel/manche-leute-halten-ibr-juedisch-sein-geheim>.

<sup>118</sup> Vgl. Der Standard, „Warum die Forschungsarbeit einer Israelin bei einem der führenden Institute keinen Platz hat“, 05.04.2025, <https://www.derstandard.at/story/3000000264426/warum-die-forschungsarbeit-einer-israelin-bei-einem-der-fuehrenden-institute-keinen-platz-hat>.

<sup>119</sup> Vgl. Tagesspiegel, „Israel-Bias statt Gender-Bias? Erfolgsquote israelischer Forschender sinkt drastisch“, 05.02.2026, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/israel-bias-statt-gender-bias-erfolgsquote-israelischer-forschender-sinkt-drastisch-15214396.html>; Forschung & Lehre, „Gutachter kritisiert geringe Förderquote bei Anträgen aus Israel“, 05.02.2026, <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/gutachter-kritisiert-geringe-foerderquote-bei-antraegen-aus-israel-7523>; vgl. Fn. 75.

<sup>120</sup> Vgl. The Hill, „A stunning reversal on academic boycotts is all about Israel“, 09.03.2024, <https://thehill.com/opinion/education/4859769-aaup-reversal-academic-boycotts/>.

Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes einen stärkeren verfassungsrechtlichen Schutz genießt als in den Vereinigten Staaten.

## **6. Israelbezogener Antisemitismus als besonders virulente Form im akademischen Feld**

Die theoretische Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, die in der Forschung kontrovers diskutiert wird, erweist sich angesichts der dokumentierten Vorfälle als zunehmend gegenstandslos. Wenn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen allein aufgrund ihrer israelischen Staatsangehörigkeit oder ihrer jüdischen Identität als „Komplizen“ markiert, als „unsafe“ diffamiert und von Boykottlisten erfasst werden, handelt es sich nicht um eine legitime politische Kritik an der israelischen Regierung, sondern um eine Form der Diskriminierung, die an die Person und ihre Herkunft anknüpft. Die dokumentierten Vorfälle – vom Ausruf „Zionistenschlampe“ gegenüber einer israelischen Gastprofessorin in Frankfurt bis zu den Wanted-Plakaten in Berlin – tragen die Merkmale klassischer antisemitischer Feindbilder: kollektive Schuldzuschreibung, Dämonisierung und die Markierung von Juden als Feinde der Gesellschaft.

Dabei zeigt sich eine systematische Funktionalisierung der Sprache sozialer Gerechtigkeit. Begriffe wie „Apartheid“, „Genozid“ und „Komplizenschaft“ – die in der akademischen Debatte als analytische Kategorien fungieren sollten – werden als Dämonisierungs- und Ausgrenzungsinstrumente eingesetzt. Der bereits in Abschnitt 2.4 analysierte Leipziger Report etwa rahmt den Abbruch aller Kooperationen mit israelischen Institutionen als „ethische Verantwortung“ und suggeriert, wer sich weigere, mache sich der „Komplizenschaft mit Genozid“ schuldig.<sup>121</sup> Diese Sprache konstruiert eine moralische Notlage, die jede Differenzierung als Relativierung denunziert. Die inflationäre Verwendung des Genozid-Begriffs als rhetorisches Kampagneninstrument stellt einen Missbrauch akademischer Kategorien dar.

Die Eskalation von der Institutionenkritik zur Personalisierung folgt einer vorhersehbaren Logik: Indem israelische Universitäten als „Komplizen“ markiert werden, werden ihre Angehörigen zu Repräsentanten eines als verbrecherisch gerahmten Staates. Die Bezeichnung „Zionist“ wird dabei zum Ausschlusskriterium umfunktioniert – ein Mechanismus, der nicht nur israelische, sondern auch nichtisraelische jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen trifft, sofern sie sich mit dem Existenzrecht Israels identifizieren. Dass in Bayreuth ein privater Chat-Kommentar die Hamas nicht als Terrororganisation, sondern Israel als Terrorstaat bezeichnete,<sup>122</sup> illustriert die Normalisierung einer

---

<sup>121</sup> Vgl. Fn. 55.

<sup>122</sup> Vgl. Dokumentation des NJH, Vorfall Bayreuth.

Weltsicht, in der die Opfer des 7. Oktober zu Tätern umgedeutet werden. Die Diffamierung einer Antisemitismusforscherin, die israelbezogenen Antisemitismus explizit benennt, zeigt, dass sogar die wissenschaftliche Beschäftigung mit Antisemitismus selbst als Beweis für „Komplizenschaft“ gewertet werden kann – eine Logik, die jede Form der Empathie mit jüdischen Opfern zur Parteinahme und damit zum Ausschlussgrund erklärt. Von mehreren Mitgliedern des Netzwerks wurden Belege dafür gesammelt, dass auch die Lehre zu Themen wie jüdische Religion, Kultur, Erinnerungskultur und transgenerationale Weitergabe von Trauma seit dem 7. Oktober erheblich erschwert wird. Bereits die Benennung entsprechender Lehrveranstaltungen – etwa durch die Verwendung der Begriffe „Juden“ oder „Israel“ – kann von institutionellen Akteuren als Provokation interpretiert werden. Gleichzeitig sehen sich jüdische Lehrende zunehmend damit konfrontiert, von Studierenden pauschal für den Krieg in Gaza verantwortlich gemacht, verbal angegriffen und beschuldigt zu werden.<sup>123</sup>

Dabei verschmelzen klassische antisemitische Feindbilder – Juden als „Kindermörder“, als Verschwörer – mit postkolonialen Denkfiguren, die Israel in eine Kontinuität europäischer Siedlerkolonien stellen. Diese Verbindung verleiht dem alten Antisemitismus ein akademisch respektables Gewand: Wer Israel als „Apartheidstaat“ oder „settler colony“ rahmt, muss sich nicht als Antisemit begreifen. Die Konsequenz ist eine Atmosphäre, in der jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für die bloße Existenz des jüdischen Staates verantwortlich gemacht werden und ihre Anwesenheit auf dem Campus als moralische Provokation gilt.

Im deutschen Kontext kommt eine spezifische Dimension hinzu: Die Instrumentalisierung des „Dekolonisierungs“-Diskurses zur Delegitimierung des Zionismus als nationaler Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes. Der Zionismus, der als Reaktion auf den europäischen Antisemitismus entstand und zur Gründung des Staates Israel als historischer Heimstätte des jüdischen Volkes wesentlich beigetragen hat, wird in dieser Lesart zum Kolonialprojekt umgedeutet – eine Umdeutung, die gerade in dem Land, das den Holocaust zu verantworten hat, eine besondere Tragweite besitzt. Diese Umdeutung ignoriert sowohl die jahrtausendealte Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Land Israel als auch die historische Tatsache, dass der Zionismus eine Antwort auf die Verfolgung war, die im selben Europa stattfand, das nun Israel als Kolonialmacht rahmt. Die Konsequenz ist eine doppelte Auslöschung: Die Ermordung von 1.200 Juden am 7. Oktober wird zur „Dekolonisierung“ verklärt, und das Überleben Israels wird zum moralischen Problem erklärt.

---

<sup>123</sup> Dazu mehr in Bernstein, Julia, Bodenheimer, Alfred, Schilling, Elisabeth (Hrsg.) 2026. *„Ausnahmezustand: Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober – Zeugnisse von Betroffenen“*, Wallstein Verlag.

## 7. Schweigen als Handlung: Die moralische Dimension

Das Schweigen der akademischen Gemeinschaft gegenüber der Verfolgung jüdischer und israelischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ist kein Nichthandeln, sondern eine Form des Handelns mit konkreten Konsequenzen. Es lässt sich in drei Formen differenzieren: Schweigen als Selbstschutz, wenn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Angst vor eigenen Anfeindungen die Solidarität verweigern; Schweigen als Komplizenschaft, wenn Institutionen bewusst wegsehen und dadurch den Handlungsspielraum der Angreifer erweitern; und Schweigen als Verweigerung, wenn die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als „zu einseitig“ abgetan wird, wie es die zurückgetretenen jüdischen Studierendenvertreter der Humboldt-Universität Berlin berichteten.<sup>124</sup> Im deutschen Kontext trägt dieses Schweigen eine besondere historische Last: Wer in dem Land, das die Shoah zu verantworten hat, schweigt, wenn Juden an Hochschulen verfolgt werden, bricht ein zentrales Versprechen der Nachkriegsordnung – zumal die jüdische Gemeinschaft diesem Land eine weitere Chance gegeben hat, indem sie jüdisches Leben in Post-Shoah-Deutschland wieder aufgebaut hat.

Das Versagen kollegialer Solidarität ist allgegenwärtig. So zeigt etwa der Fall des jüdischen Studenten Lahav Shapira an der Freien Universität Berlin, dass selbst nach einem gewaltsamen Angriff nicht eindeutig der Angriff selbst im Zentrum der institutionellen und öffentlichen Reaktion steht, sondern dessen Einordnung – mit der Folge, dass Betroffene nicht den erwartbaren Rückhalt erfahren. Betroffene berichten, dass Kollegen nach dem 7. Oktober den Kontakt abbrachen, dass jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen von Forschungsprojekten ausgeschlossen und bei Konferenzeinladungen übergangen wurden – nicht aufgrund fachlicher Differenzen, sondern aufgrund ihrer Identität. Die NJH-Umfrage bestätigt, dass viele Betroffene ihre jüdische Identität am Arbeitsplatz verbergen – ein Verhalten, das an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnert und das Fundament kollegialen Vertrauens zerstört.<sup>125</sup> Die Bagatellisierung antisemitischer Vorfälle – etwa die Relativierung von Hamas-Schmierereien als „politischer Ausdruck“ oder die Weigerung, Boykottlisten als das zu benennen, was sie sind: nämlich Pranger – ist selbst eine Form der Mittäterschaft durch Unterlassung. Zugleich gibt es Gegenbeispiele, die belegen, dass Widerstand möglich ist. Im Mai 2024 unterzeichneten mehr als 3.000 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen weltweit ein Anti-Boykott-Statement, das die Isolation israelischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen

---

<sup>124</sup> Vgl. Fn. 61.

<sup>125</sup> Vgl. Fn. 2.

verurteilt und die Freiheit der akademischen Kooperation verteidigte.<sup>126</sup> Das NJH selbst ist eine institutionalisierte Form der Notgemeinschaft, und die zentrale Anlaufstelle für Antisemitismus-Betroffene an Hochschulen in NRW zeigt, dass auch auf Länderebene Strukturen entstehen.<sup>127</sup>

Wer schweigt, wenn Israelis und Juden vom Campus verdrängt werden, macht sich zum Werkzeug der Ausgrenzung. Die moralische Verantwortung liegt nicht allein bei den unmittelbaren Angreifern, sondern auch bei denen, die durch ihr Schweigen den Raum dafür schaffen. Die Universität ist ein Ort, der vom freien Austausch der Ideen lebt. Wenn dieser Austausch für eine Gruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aufgrund ihrer Herkunft oder Identität nicht mehr möglich ist, hat die Universität als Institution versagt. Gerade im deutschen Kontext, wo die Universitäten 1933 zu den ersten Institutionen gehörten, die sich dem Nationalsozialismus anboten und jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vertrieben, wiegt dieses Versagen besonders schwer. Die Vorgänge sind nicht gleichzusetzen, aber die Parallelen sind nicht zu übersehen: Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 begann mit Ausschlüssen und Boykotten – es endete mit der Zerstörung der deutschen Wissenschaftskultur und der Ermordung ihrer jüdischen Träger. Wer heute Boykottlisten erstellt, Wanted-Plakate verbreitet und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vom Campus vertreibt, steht in einer Tradition, deren Konsequenzen in diesem Land bekannt sein müssten.

## **8. Schluss: Konsequenzen für die akademische Freiheit in Deutschland**

Die Lage ist alarmierend. Jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen werden an deutschen Hochschulen bedroht, verfolgt und ausgeschlossen – von verbaler Hetze über Diffamierungskampagnen und Boykottforderungen bis hin zu physischer Gewalt und Morddrohungen. Die Institutionen versagen durch Passivität, Beschwichtigung oder aktive Umkehr der Schutzpflicht. Die Folge ist Selbstzensur, Vertrauenserosion und eine faktische Verkleinerung des akademischen Diskursraums. Wie die vorangehende Analyse gezeigt hat, sind akademische Boykottaufrufe gegen Israel kein Ausdruck akademischer Freiheit, sondern ein Angriff auf sie. Daraus ergeben sich

---

<sup>126</sup> Vgl. „Statement against the Boycott of Israeli Academics“, 14.05.2024, [https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSc8NcgnDj\\_3z50ykNNenGMCRTqWkw4naiC-NaYxtWgwC\\_PPXHQ/viewform](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSc8NcgnDj_3z50ykNNenGMCRTqWkw4naiC-NaYxtWgwC_PPXHQ/viewform). Mehr als 3.000 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterzeichneten das Statement; vgl. Jerusalem Post, „Scholars unite against boycott of Israeli academics“, 20.05.2024, <https://www.jpost.com/diaspora/antisemitism/article-801814>.

<sup>127</sup> Vgl. Fn. 66.

konkrete Handlungsanforderungen. Erstens: Konsequente Anwendung des Antidiskriminierungsrechts – Boykotte aufgrund der Staatsangehörigkeit verstoßen gegen geltendes Recht und müssen sanktioniert werden. Zweitens: Der Ausbau von Anlaufstellen für Antisemitismus-Betroffene an Hochschulen nach dem Vorbild der NRW-Anlaufstelle und jüdischer Anlaufstellen.<sup>128</sup> Solche Stellen müssen in allen Bundesländern eingerichtet und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden. Drittens: Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse von 2019 und 2025 gegen BDS.<sup>129</sup> Viertens: Klare institutionelle Haltung der Hochschulleitungen, die Boykottforderungen als Diskriminierung benennt. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hat im Juni 2024 ein wichtiges Signal gesetzt – dem müssen Taten folgen.<sup>130</sup> Fünftens: Einführung einer hochschulweit geltenden Antisemitismusdefinition, etwa in Anlehnung an die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance oder vergleichbare Ansätze, die auch israelbezogenen Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Dimensionen angemessen berücksichtigen.

Der Zionismus als nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes und der Staat Israel als dessen politische Verwirklichung dürfen nicht zum Gegenstand einer akademischen Ächtungskampagne werden, deren Selektivität und Konsequenzen in den vorangehenden Abschnitten dokumentiert wurden. Die Universität muss ein Ort bleiben, an dem jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen frei und sicher arbeiten können und ein integraler Bestandteil des internationalen fachlichen Austauschs bleiben.

Dies ist nicht nur eine rechtliche Pflicht, sondern angesichts der deutschen Geschichte eine moralische Verpflichtung. Die Bundesrepublik hat sich nach 1945 das Versprechen gegeben, dass sich die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nie wiederholen darf. Wenn an deutschen Hochschulen Namenslisten kursieren und jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nur mit Personenschutz lehren können, ist dieses Versprechen in Gefahr. Es liegt an den Universitäten, den Ländern und dem Bund, die akademische Freiheit für alle zu verteidigen – ohne Ausnahme und ohne Kompromisse.

---

<sup>128</sup> Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz e. V. (NJH), „*Jüdische Anlaufstellen*“, <https://www.n-j-h.de/juedische-anlaufstellen/>.

<sup>129</sup> Vgl. Fn. 10, 11.

<sup>130</sup> Vgl. Allianz der Wissenschaftsorganisationen, „*Gegen einen Boykott der israelischen Wissenschaft*“, 11.06.2024, <https://www.allianz-der-wissenschaftsorganisationen.de/themen-stellungnahmen/gegen-einen-boykott-der-israelischen-wissenschaft/>.

**Zitervorschlag:**

Bernstein, Julia/Sierka, Marek (2026): Zwischen Boykott, Bedrohung und Schweigen. Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023. In: Archiv für kritische Gesellschaftstheorie. Online unter: <https://kritischebildung.de/afkg/boykott-bedrohung-schweigen>

**GESELLSCHAFT FÜR  
KRITISCHE BILDUNG**

Emser Straße 8–9  
12051 Berlin

**Afkg**